

dispositio & opinio

Zeitschrift für Diskurs und Meinung

CALL FOR
PAPERS

»VERGESSENE KRIEGE«

JAN DECKER
INSEL DER
GLÜCKSELIGEN

JULIUS LÜBBERSMANN
ISLAMISMUS — EINE
BEGRIFFSDEFINITION

JANOSCH SIEPEN
SEHNSUCHT NACH
MORRISSON

JOSHUA BUNG
WIRTSCHAFTSFAKTOR
ARKTIS

ARON SCHWERTNER
THEISMUS UND
ATHEISMUS IN DER
DISKUSSION

AUSGABE 03/2014 —
ERSCHEINUNGSDATUM
13.12.2014 — PREIS 0 €

HIROSHIMA
6.8. 1945



FRIEDE ALLEN
VÖLKERN

ATOMWAFFEN
WEITWEIT ABSCHAFFEN

Editorial

*»Man vergisst vielleicht, wo man die Friedenspfeife vergraben hat,
aber man vergisst niemals, wo das Beil liegt.«*

— Mark Twain

Liebe LeserInnen,

Vor Euch liegt die nunmehr dritte Ausgabe eines ehrgeizigen Projektes, was um diese Zeit vor genau einem Jahr in den Köpfen zweier sonst nicht durch übergroße Kreativität auffallenden Studierenden entstanden ist. Seit Mai, als die erste Ausgabe von dispositio & opinio erschien, sind sieben Monate vergangen – eine religiös eher negativ besetzte Zahl. Und doch: Uns haben zu dieser Ausgabe mehr Artikel als je zuvor erreicht. Und die Artikel – dieses Eindrucks konnten wir uns nicht erwehren – sind plötzlich auf ein höheres Niveau gesprungen. Was mit eher unbeholfenen Versuchen einer eigenen Zeitschrift im Mai begann, ist mittlerweile zu einem ernst zu nehmenden Blatt herangewachsen, dessen Potenzial natürlich nur noch nicht von der Fachwelt erkannt wurde.

Unser Call For Papers passte unter dem Titel »Vergessene Kriege« genau ins »Krisenjahr 2014« – was sich in der Menge der Artikel widerspiegelt. Während das Titelthema der zweiten Ausgabe mit gerade einmal zwei Artikeln mäßige Berühmtheit erlangte, können wir Euch in dieser Ausgabe fast die dreifache Menge präsentieren! Dabei decken die Artikel ein breites Feld des absichtlich undefiniert im Raum stehen gelassenen Calls ab: Sowohl aktuelle Krisen wie der nigerianische Krieg gegen Boko Haram als auch der langwierige Konflikt in Darfur haben Einfluss in die Zeitschrift gefunden. Eingeleitet wird das erste Kapitel von allgemeinen Gedanken zum Thema »Krieg« und die Implikationen, die ein solcher für jeden von uns hat.

Breiter werden die Themen dann in den beiden »Stammressorts« von dispositio & opinio, Politik und Gesellschaft. Hier geht es um die Verteilungskämpfe, die uns womöglich durch den Klimawandel in der Arktis bevorstehen, die deutsche Streikkultur im Hinblick auf die massiven Streiks der GDL und ein Definitionsversuch des Wortes »Islamismus«. Außerdem schlagen wir einen Bogen zu unserer ersten Ausgabe: Mit dem Start von »RT Deutsch« bekommt die Medienkritik-Diskussion, die sich voller Emotion in der ersten Ausgabe zur Krimkrise niedergeschlagen hat, neues Futter.

Doch nicht nur das Titelblatt setzt neue Maßstäbe für dispositio & opinio, auch inhaltlich können wir Euch einiges Neues bieten. Wir haben erstmals ein Kulturressort, in welchem Janosch Siepen in einem packenden Artikel der



Frage nachgeht: Was ist nur aus der Popmusik geworden? Unser Philosophieressort wartet diesmal mit einer umfassenden Antwort Aron Schwertners zur in Ausgabe 1 begonnenen und in Ausgabe 2 fortgeführten Gott-Diskussion auf. Mit einem englischen Aufsatz über die Frage nach der heutigen Rolle des »Intellektuellen« schließt dieses Ressort ab.

In diesem Sinne möchten wir Euch viel Freude beim Lesen der neuesten Ausgabe von dispositio & opinio wünschen – natürlich das beste Mittel, über die kalten Weihnachtstage bei der Familie zu kommen, ohne sich zu langweilen!

Hendrik & Julius

Denn eure Meinung zählt.

Inhalt



Call for Papers:
»Vergessene Kriege«

2 | Jan Decker

Insel der Glückseligen

3 | Hendrik Erz

Wovon wir sprechen, wenn wir vom Krieg reden

7 | Nadia Siebigteroth

Living Darfur — Erinnerung an eine humanitäre Katastrophe

12 | Lukas Kamps

Nigerias erfolgloser Kampf gegen den Terror der islamischen Sekte Boko Haram

14 | Lukas Mengelkamp

Train roll on, on down the line? — Vom Scheitern politischer Debattenkultur

17 | Aron Schwertner

Theismus und Atheismus in der Diskussion

20 | Kilian Gärtner

The intellectual is dead — Long live the intellectual



Philosophie



23 | Torsten Gertkemper
Medienkritik — Gerechtfertigt oder bloßer Populismus?

26 | Julian von Mach
Dieser Artikel wird bestreikt!

28 | Julius Lübbersmann
»Islamismus« — Eine Begriffsdefinition

Janosch Siepen | 31
Sehnsucht nach Morrison



36 | Tim Niendorf
Maduro hat einen Vogel

38 | Joshua Bung
Wirtschaftsfaktor Arktis — Wie wahrscheinlich ist ein bewaffneter Konflikt?

41 | Christian Richter
Der ewige Ruf nach Steuersenkungen

Call for Papers



»Vergessene Kriege« ist das Titelthema dieser Ausgabe. Die Interpretationen unserer Autoren zu diesem Call for Papers sind gänzlich verschieden: Sie reichen von philosophischen Gedankengängen rund um Kriege und deren Beilegung über statistische Analysen bis hin zu konkreten Untersuchungen einiger Fallbeispiele. Euch erwartet ein themenreiches Kapitel!

Insel der Glückseligen

Als Einstieg in die Thematik des *Call for Papers* gibt es diese Ausgabe einen nachdenklichen Kommentar über Krieg und Frieden.

Ein Artikel von Jan Decker

Vor einiger Zeit machte mich ein wirklich guter Freund auf dieses Schreibprojekt aufmerksam; spontan schoss mir durch den Kopf, über den Völkermord der Hutu an den Tutsi in Ruanda zu schreiben. Ich las vor Jahren zu diesem Thema ein Buch mit dem Titel: »Ein Sonntag am Pool in Kigali«¹. Trotz des pittoresken Titels beschreibt das Buch das bestialische, mitunter blutrünstige Abschlachten von Tutsi durch Hutu, während gleichzeitig unter Schutz von Blauhelmsoldaten stehende Journalisten in einem Hotel auf ihre Evakuierung warten. Ich muss gestehen: Nach den Jahren bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ob es wirklich Journalisten waren oder UN-Beobachter, Ärzte oder dergleichen, das tut aber auch gar nichts zur Sache. Mir geht es um das Sinnbild, der kleinen »glücklichen« aber künstlichen Insel, also dem Hotel, umgeben von den Wirren eines infernalischen Massakers.

Der Pessimist in mir sieht, seit er sich zurückerinnern kann, wenn er den Fernseher anschaltet, bewaffnete Konflikte vom Kosovo, über Irak, nach Afghanistan. Georgien dämmert nur noch dunkel im Hinterkopf, aber Israel bleibt omnipräsent. Was war mit Afrika?! Jüngster Zeit verdanken wir sogar, (ich fürchte, Ironie muss man extra kenntlich machen...) dass der Hauch des Todes mit der Ukraine bis auf wenige tausend Kilometer vor die eigene Haustür gerückt ist. Meine pessimistische Hälfte sieht sich umzingelt von bewaffneten Konflikten, die scheinbar vom Rest meines kleinen Freundeskreises, sowie gefühlt vom Rest der Bevölkerung, bestenfalls achselzuckend hingenommen werden.

Der Optimist in mir sieht sich jedoch tatsächlich auf der Insel der Glückseligen, die verschont bleibt von all dem sinnlosen Morden. Worauf der Pessimist anmerkt, dass dafür unser Alltag zu einem einzigen tristen, sinnfreien – im übertragenen Sinne – Kriegsschauplatz verkommt. Um richtig verstanden zu werden – wobei ich keinem Kriegsoffer zu nahe treten mag: Ich kann mir nichts Grauenvolleres vorstellen als Krieg. Ich rede von der sinnarmen Jagd monetärer Meriten, wenn ich von den alltäglichen Kriegsschauplätzen in unserer Gesellschaft rede, und ich befürchte, das Bewusstsein des alltäglichen bewaffneten Konflikts rund um die Welt lässt uns schlechterdings weiter in den persönlichen und gesellschaftlichen Kriegsschauplätzen verharren. Ist doch das Grauen, was mit einem echten Krieg einhergeht, viel zu viel für die gesundeste Seele. Wo zu mir spontan Bilder der »Kriegszitterer«² des Ersten Weltkrieges durch den Kopf schießen; heute würde man, politisch verd(r)eckt, ich meine korrekt, von Menschen mit posttraumatischen Belastungsstörungen sprechen, entfernt es doch so vortrefflich die Anschaulichkeit aus der Sprache, denn: »Jedes Wort ist ein Vorurteil«³, um Nietzsche zu zitieren, doch ich schweife ab.

Dass Kriege vergessen, respektive verdrängt, werden, resultiert absurdermaßen zu einem großen Teil aus dem Wunsch nach und der Hoffnung auf Frieden, schlicht weil die Grauen des Krieges unvorstellbar sind. All die Zerstörung, der Hunger, die Not, allgegenwärtiger Tod, das ist zu viel für gesundes, friedvolles Zusammenleben. Ich will Nietzsche nicht überstrapazieren, aber sinngemäß: Blickt man zu lange in den Abgrund, schaut der Abgrund in einen selbst hinein.

In Maßen mag das Vergessen heilsam sein. Solange wir die Augen offen halten für die Zeichen aufkommenden Übels, was uns eventuell den Stellenwert der deutschen Rüstungsindustrie in unserer Volkswirtschaft überdenken lassen sollte. Obwohl bereits die Römer sagten »Si vis pacem para bellum« – »Wenn du den Frieden suchst, bereite dich für den Krieg vor« und dies sicherlich eine gewisse Wahrheit beinhaltet, so würde es bedeuten, im Geiste 2.000 Jahre stehen geblieben zu sein.

Meinem pessimistischen Ich scheint, als käme der Wunsch nach universellem Frieden der Quadratur des Kreises gleich. Mein unverbesserlich optimistisches Ich sieht im Kerne jeden Konfliktes lediglich fehlgeleitete Kommunikation – ein Grund mehr, seinen Nachbarn gleich morgen zum Essen einzuladen! Wahrscheinlich ist das der einzige Weg, vor der eigenen Haustür übermorgen keinen weiteren dem Vergessen anheim fallenden Kriegsschauplatz wissen zu müssen.

Fußnoten

- 1) Courtemanche, Gil: Ein Sonntag am Pool in Kigali, Frankfurt a. M. 2005.
- 2) Als Kriegszitterer wurden im deutschsprachigen Raum im Ersten Weltkrieg und auch danach Soldaten bezeichnet, welche an posttraumatischen Belastungsstörungen litten.
- 3) Nietzsche, Friedrich: Menschliches, Allzumenschliches, II, 2. Aph. 55.

Wovon wir sprechen, wenn wir vom Krieg reden

Das Jahr 2014 wird von vielen als das jähre Ende einer relativ friedlichen Periode gesehen. Doch diese Einschätzung erweist sich als absolut falsch, wie auch unser Autor Hendrik Erz feststellen musste. Ein Blick in die Statistiken bewaffneter Konflikte offenbart: Die Welt hat nie aufgehört, Krieg zu führen.

Ein Artikel von Hendrik Erz

»If one man dies, it's a tragedy. If a million men die, it's statistics« — Was Josef Stalin, der Mann, der Millionen in Arbeitslagern hat sterben oder direkt umbringen lassen, bereits vor vielen Jahrzehnten sagte, scheint heute umso mehr Gültigkeit zu besitzen. Denn während an den Grenzen der »Festung Europa« tagtäglich viele Menschen ihr Leben beim Versuch verlieren, ein besseres Leben zu führen und auf der ganzen Welt Krieg um Krieg geführt wird, haben wir im »Westen« das Gefühl, dass zumindest die großen Kriege zwischen den Staaten dieser Welt spätestens seit '89 der Vergangenheit angehören. Es ist an der Zeit, mit diesem Irrglauben aufzuräumen! Jeden Tag sterben überall auf der Welt in bewaffneten Konflikten Menschen – nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Afrika, in Südostasien, in Südamerika. Zu diesem Zwecke reicht es aus, sich einmal einige wenige Zahlen anzuschauen. Und sich die Opfer zu vergegenwärtigen, sodass diese Millionen Toten nicht zu einer kalten, statistischen Zahl werden.

Statistiken zum Thema Krieg

Das Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Uppsala in Schweden betätigt sich seit 1971 wissenschaftlich mit Ursachen und Folgen von Kriegen. International bekannt ist es vor allem durch das *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP), von welchem seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit dem *Peace Research Institute Oslo* (PRIO) umfangreiche Datensätze zu bewaffneten Konflikten angelegt und veröffentlicht werden. Die nachfolgenden Statistiken wurden alle auf Grundlage dieser Daten erstellt. Die Erstellung von Daten ist jedoch immer schon eine Wertung – ab wann gilt ein Krieg als Krieg? Wie lange muss er dauern, damit er als Krieg gilt? Welche Maßstäbe auch immer an die Zahlen gelegt werden, sie werten. In ihrem Codebook¹ beschreiben die Forscher, mit welchen Definitionen sie gearbeitet haben. Die allgemeine Definition von »Konflikt« lautet:

»Eine ausgefochtene Meinungsverschiedenheit, welche die Regierung oder das Gebiet eines Staates betrifft und welche mit dem Gebrauch bewaffneter Gewalt zwischen zwei Parteien ausgetragen wird, von denen mindestens eine die Regierung eines Staates ist und welche in mindestens 25 konfliktbedingten Toten resultiert.«²

Sie unterteilen bewaffnete Konflikte in zwei Kategorien – kleinere Konflikte (zwischen 25 und 999 kriegsbedingter Tote pro Dyade³ pro Jahr) und Kriege (ab 1.000 kriegsbedingter Tote pro Dyade pro Jahr).⁴ Weiterhin werden die Kriegsziele in Territorium, Putsch oder beides unterteilt.

Die Forscher, das sollte nicht unerwähnt bleiben, klassifizieren Konflikte hauptsächlich anhand der Kriegstoten pro Jahr, nicht an der Dauer der Konflikte. So wurde der Bombenanschlag in der nordirischen Stadt Omagh 1998

ebenfalls als »kleinerer Konflikt« mit aufgenommen, da dabei 29 Menschen ums Leben kamen und ein Staat sowie eine nichtstaatliche Opposition daran beteiligt waren. Getreu dem (ironischen) Spruch »Statistics never lie« sollten also diese Statistiken und die damit erstellten Graphen mit Vorsicht genossen werden. Doch selbst mit den Einschränkungen, die sich die Forscher selbst gesetzt haben, sind die Ergebnisse der Daten erschütternd.

Seit 1945 hat die Welt über 2.000 Jahre Krieg geführt⁵

Grafik 1 auf Seite 5 stellt alle bewaffneten Konflikte des Datensets grafisch dar. Interessant ist hier zum einen, dass die geringste Zahl bewaffneter Konflikte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gezählt wurde. Danach stieg die Zahl kontinuierlich an. Mit fast 60 gleichzeitig geführten Kriegen ist das Jahr 1968 ein trauriger Höhepunkt während des Kalten Krieges. Zusätzlich zu den Stellvertreterkriegen in Asien macht diese hohe Anzahl verständlich, dass so viele Menschen für Frieden auf die Straße gegangen sind. Nachdem die Anzahl der Kriege in den nachfolgenden Jahren wieder abnahm, stieg sie auf über 100 (gleichzeitig geführte) Konflikte in den Wendejahren an, was vermutlich auf das sich abzeichnende Ende der Blockkonfrontation zurück zu führen ist, um danach wieder ein wenig herab zu sinken – nur, um 2004 wieder anzusteigen. Die neueste Spitze war 2007 mit über 70 Konflikten, die jedoch sehr wahrscheinlich nicht viel mit der Finanzkrise zu tun hatten.

Schlüsselt man diese Konflikte nun nach ihrer Intensität auf (Grafik 2), so zeichnet sich ein weiteres, ernüchterndes Bild: Seit 1945 gab es jedes Jahr ausgewachsene Konflikte mit mindestens 1.000 kriegsbedingten Toten, hin und wieder (beispielsweise in den Wendejahren) sogar mehr als zehn. Was bis ins 21. Jahrhundert immer mehr wurde, sind die »kleineren« Konflikte mit 25 bis 999 kriegsbedingten Toten. Deren Zahl stieg bis 2014 auf fast 30 an.

Die am meisten von Kriegen zerrüttete Region ist Asien

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Regionen, in denen Kriege geführt wurde (Grafik 3). Mit Blick auf den Kalten Krieg ist es plausibel, dass Asien auf Platz 1 der am meisten von Kriegen zerrütteten Regionen steht. Afrika steht aufgrund dessen innerer Instabilität auf Platz 2. Insbesondere durch die Regierungswechsel und die Kriege im Iran, Irak, Afghanistan und Syrien sowie Israel und Palästina liegen Naher und Mittlerer Osten auf Platz 3.

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 kam verstärkt die These von »asymmetrischen Konflikten« auf.⁶ Diese These besagt grob, dass klassische, »symmetrische« Kriege zwischen zwei gleichberechtigten Konfliktpartnern abneh-

men. Stattdessen werde der Krieg immer asymmetrischer, das heißt, zunehmend stünden Staaten mit einem regulären Heer kleinen Oppositionsgruppen entgegen, die sich nicht klassisch, also auf offenem Feld, begegnen könnten. Beispiele für diese asymmetrische Kriegsführung ist vor 1990 beispielsweise der Vietnamkrieg. Nach 1990 lassen sich unter Anderem die Golfkriege oder der seit 2001 stattfindende »Krieg gegen den Terror« als solche klassifizieren. UCDP/PRIO unterscheidet zwischen vier verschiedenen Kriegsarten: Staat gegen Opposition außerhalb des Landes, Staat gegen Staat, Bürgerkrieg (Staat gegen Opposition innerhalb des Landes) und Bürgerkrieg mit ausländischer Unterstützung. Nach der These, dass immer öfter asymmetrisch Krieg geführt wird, müssten die zwischenstaatlichen Konflikte im Vergleich zu bürgerkriegsähnlichen Konflikten stark abgenommen haben. In der Tat würde man sogar so weit gehen, zu vermuten, dass viele Kriege vor allem unter die erste Kategorie — Staat gegen Opposition außerhalb des Landes — zutrifft; der »Krieg gegen den Terror« ist beispielsweise ein solcher.

Setzt man jedoch die Jahre mit der Art des Krieges in Verbindung, so ergibt sich ein interessantes Bild (Grafik 4): Nach den Daten, die UCDP/PRIO verwendet haben, konzentrieren sich die meisten Aktivitäten zwischen Staaten und außerstaatlicher Opposition um den Bereich in den späten 50er Jahren. Mitte der 70er Jahre gab es die größte Konzentration klassischer Kriege, bevor es einen Wechsel zu Bürgerkriegen und schließlich am Ende der 90er Jahre zu Bürgerkriegen mit ausländischer Unterstützung gab.

Dies ist insofern interessant, als dass sich hier ablesen lässt, dass die Kriege im Nahen Osten — über die bei uns am meisten berichtet wird — nur ein kleiner Teil aller geführten Konflikte sind. Die meisten sind — ähnlich der Separationsbewegung in der Ukraine — Bürgerkriege. Bei allen Kriegen des Datensets jedoch lässt sich keinerlei Tendenz erkennen, ob es eher um Staatsgebiet oder einen Regierungswechsel geht — beide Möglichkeiten halten sich weitgehend die Waage.

Vergessene Kriege scheinen besonders die asymmetrischen zu sein

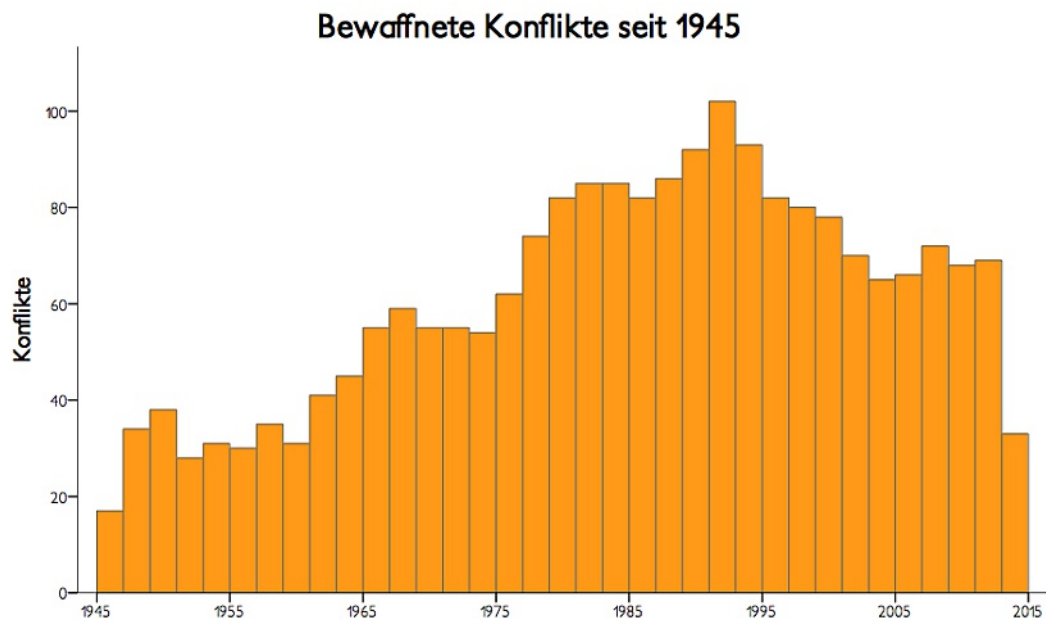
Offenbar haben »Vergessene Kriege« also nicht nur etwas mit klassischen Kriegen zu tun, sondern auch damit, dass sehr leicht das größere Bild aus den Augen verloren geht: Viele Staaten führen hauptsächlich innerstaatlich Konflikte; sei es aus Unzufriedenheit mit einer Regierung, die schließlich immer noch sehr großflächig autoritär geführt wird, sei es mit Gebietsansprüchen. »Vergessene Kriege« scheinen also auch deshalb vergessen, weil die wenigsten Menschen den Begriff »Krieg« mit bewaffneten Konflikten gleich setzen. Doch die Toten sind sowohl bei großen Kriegen als auch bei kleineren Konflikten aufgrund derselben Problematiken und Ziele gestorben.

In der gesamten Welt gibt es teils grausame Konflikte, von denen einige in dieser Ausgabe dispositio & opinio porträtiert werden; und unsere Aufgabe ist es nicht, uns dafür schuldig zu fühlen. Unsere Aufgabe sollte vielmehr sein, uns regelmäßig daran zu erinnern und das Ziel einer kriegsfreien Welt nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die meisten

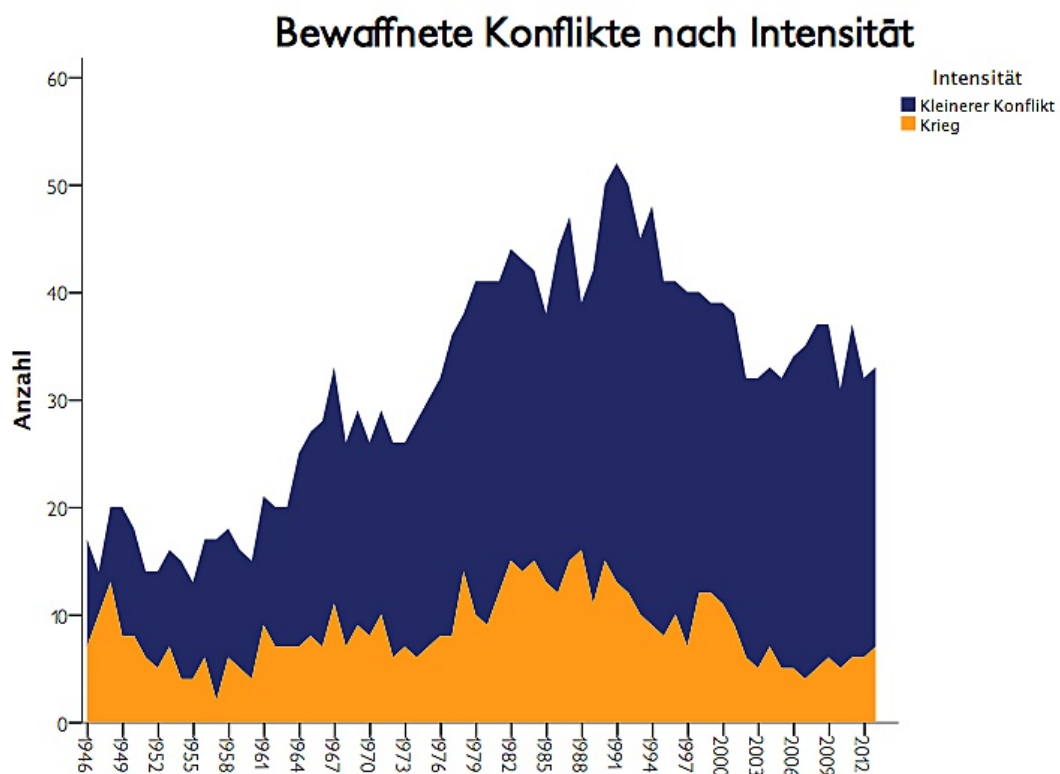
Kriege werden nicht (nur) ums Öl geführt, sondern hauptsächlich aus politischen Gründen.

Fußnoten

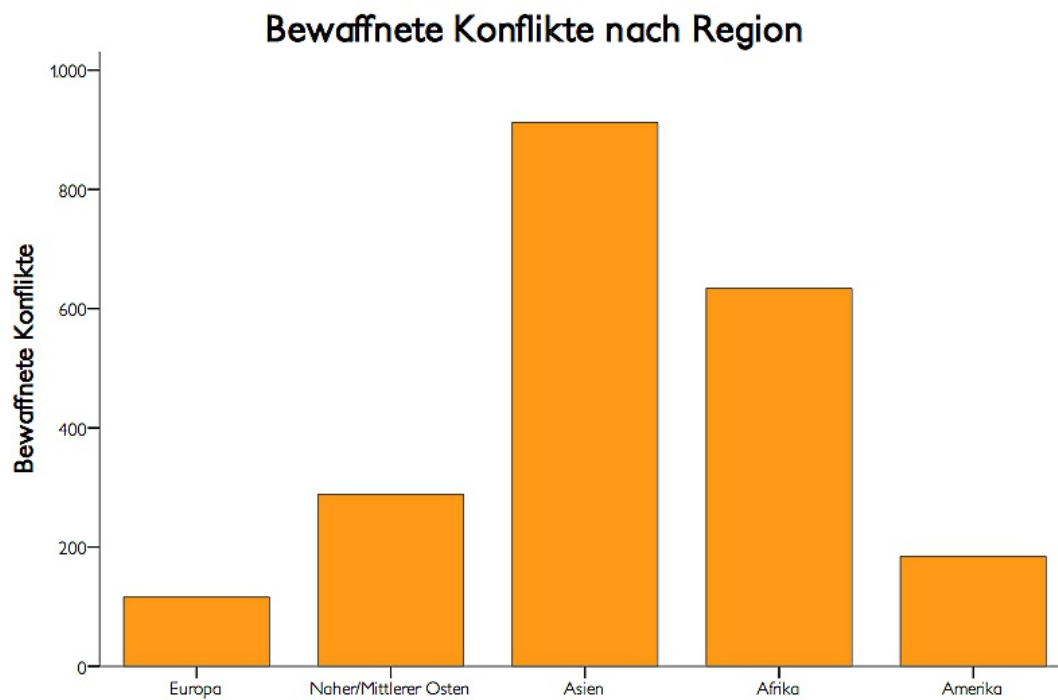
- 1) Vgl. UCDP/PRIO (Hrsg.), „Armed Conflict Dataset Codebook“, Uppsala/Oslo 2014.
- 2) Vgl. UCDP/PRIO 2014, S. 2.
- 3) Als Dyade bezeichnet man in den Sozialwissenschaften zwei Akteure, die miteinander interagieren. Bei Konflikten ist dies jedoch basal, da ein bewaffneter Konflikt mindestens zwei einander feindlich gesinnte Personen beziehungsweise Akteure braucht.
- 4) Vgl. UCDP/Prio 2014, S. 8.
- 5) Im Datenset befinden sich rund 2.100 Zeilen. Für jedes Jahr, in welchem ein Krieg geführt wurde, wurde eine neue Zeile angelegt.
- 6) Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegsf%C3%BChrung für eine knappe Definition.



Grafik 1



Grafik 2

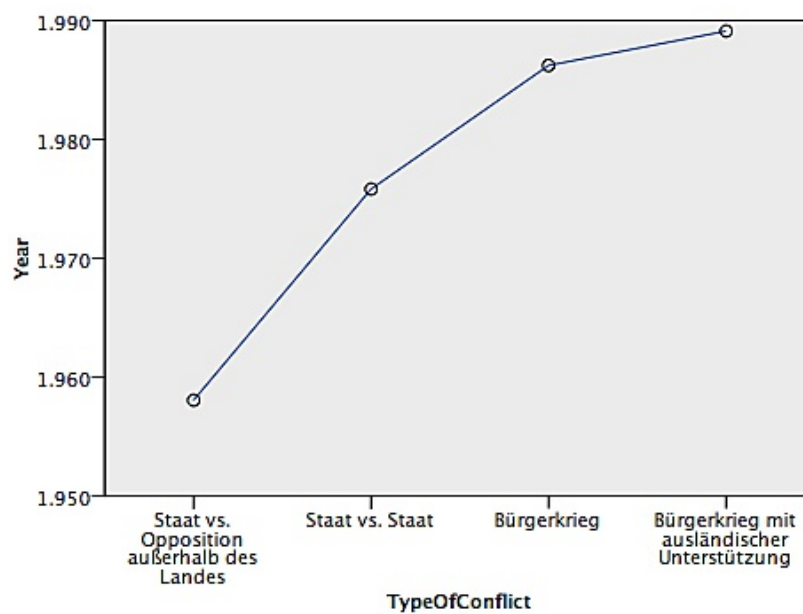


Grafik 3

Estimated Means

Target: Year

Estimated means charts for the top ten significant effects ($p < .05$) are displayed.



Grafik 4

Alle Grafiken erstellt von Hendrik Erz auf Basis des UCDP/PRIO-Datensets, Version 04-2014.
Lizenziert unter CC BY-SA 4.0

Living Darfur — Erinnerung an eine humanitäre Katastrophe

Darfur-Konflikt? In der internationalen Presse wird kaum mehr über diesen gesprochen. Dennoch: Die Zivilbevölkerung Westsudans steht weiterhin zwischen mehreren Fronten eines undurchsichtigen Kampfes um Wasser, Land und Einfluss. Die Auseinandersetzung ist vielschichtig, beinhaltet aber vor allem den Kampf um territoriale Interessen und Einfluss in einem vom Klimawandel gezeichneten Land.

Ein Artikel von Nadia Siebigtheroth

Living Darfur – Erinnert sich noch jemand an den Song von Mattafix aus dem Jahr 2007? Für das Video fuhr das Musiker-Duo in ein Flüchtlingscamp im Ost-Tschad, wie es sie heute noch immer gibt. Denn auch wenn weltweit andere, verlustreichere Konflikte die Situation in Darfur überlagern, wurde bis heute keine endgültige Lösung für die Region gefunden. Die Zivilbevölkerung Westsudans steht weiterhin zwischen mehreren Fronten eines undurchsichtigen Kampfes um Wasser, Land und Einfluss. Es geht nicht (ausschließlich) um einen ethnisierten Konflikt. Auch geht es nicht direkt um eine koloniale Schuldfrage. Die Auseinandersetzung ist vielschichtig, beinhaltet aber vor allem den Kampf um territoriale Interessen und Einfluss in einem vom Klimawandel gezeichneten Land.¹

Um die geografischen Veränderungen verdeutlichen zu können, muss kurz auf die Beschaffenheit der im Westen des nordöstlichen afrikanischen Staates liegenden Region eingegangen werden. Darfur ist vom Nordosten bis zum Südwesten von Vulkanbergen durchzogen. Sowohl der Norden als auch der Süden sind nur spärlich besiedelt, da die klimatischen Gegebenheiten die Lebensumstände erschweren. Der Süden ist in der Regenzeit großflächig überschwemmt, der Norden besteht aufgrund seiner Nähe zur östlichen Sahara aus trockener, nicht bebaubarer Savanne. Wo die relativ zentral gelegene Klimastation in El-Fasher früher zumindest an zwei Monaten im Jahr mehr als 40 Millimeter Niederschlag aufzeichnete, fällt heute nur mehr die Hälfte, Tendenz sinkend. Die fortschreitende Desertifizierung (Wüstenbildung) wird durch den Klimawandel beschleunigt. Nach wissenschaftlichen Einschätzungen wird die Durchschnittstemperatur im Sudan je nach Region in den kommenden 20 Jahren um ein halbes bis eineinhalb Grad steigen.² Aber auch viele andere

Faktoren spielen hier eine Rolle. So werden Felder aus Angst vor Übergriffen nicht bestellt, Wälder werden gerodet, um an Feuer- und Bauholz zu gelangen. Beides verstärkt das Wüstenwachstum. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung sich innerhalb der letzten zwei Generationen verfünffacht hat. Geschätzt wird sie heute auf circa acht Millionen,³ offizielle Daten sind jedoch nicht zu finden, da sich die Bevölkerung

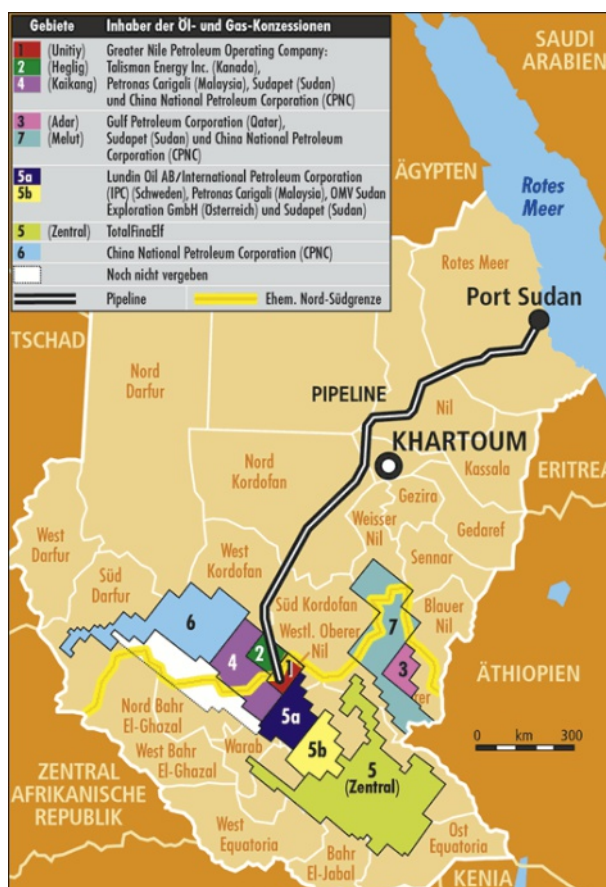
im Vorfeld der Wahl 2011 weigerte, sich von Regierungsbeauftragten registrieren zu lassen, aus Angst vor weiteren Repressionen und Wahlfälschung. Dies gilt vor allem für die Ethnie⁴ der Fur. Diese stellten bis zur politischen Teilung 1994 in drei kleinere Bundesstaaten die Mehrheit Darfurs. Seit der Neuordnung sind sie in jedem der neuen Staaten eine Minderheit.

Doch wer steht sich im westlichen Teil des Sudans nun eigentlich gegenüber?

Im Groben kann man die Konfliktparteien in vier Gruppen einteilen. Einerseits gibt es die Rebellengruppen, die gegen die Armee, Schnelle Einsatzkräfte (Rapid Support Forces, RSF) und von der Regierung finanzierten Milizen⁵ kämpfen. Dazwischen steht eine Bevölkerung, die vor allem aus Bauern und Viehhirten besteht. Der Einsatz der UNAMID-Truppen (African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur) zum Schutz ebendieser

Einwohner wurde zwar effektiver, kann jedoch bis heute nicht für Sicherheit garantieren.

Meist ist es in afrikanischen Konflikten einfacher, durch ethnische Gruppenzugehörigkeiten klare Zuweisungen vorzunehmen. Doch damit muss in diesem Fall sehr vorsichtig umgegangen werden. Zwar gab es in den Achtzigern bereits Spannungen, die man vorsichtig als »Araber gegen Afrikaner« charakterisieren kann,⁶ allerdings spielen sie nur zu Teilen in den weiteren Konfliktverlauf hinein. Die ethnischen Spannungen innerhalb Darfurs wurden und werden



Öl- und Gaskonzessionen im Sudan, Michael Till-Lambrech (de.wikipedia.org / Public Domain)

vor allem von Seiten der sudanesischen Regierung instrumentalisiert, um die Region weiter zu destabilisieren und den Einsatz der Armee zu rechtfertigen. Da in Darfur weite Teile der Bevölkerung, wie auch die politischen Eliten in Khartum, Muslime sind, wird diese eher aufgrund rassistischer Merkmale wie der Hautfarbe und aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit und Herkunft diskriminiert. »Herkunft« ist in diesem Zusammenhang wörtlich auf den geografischen Lebensmittelpunkt zu beziehen. Die Marginalisierung der Interessen von Nicht-Flussanrainern ist auf eine britische Verwaltungsreform zurückzuführen. Da die Zusammensetzung der Khartum-Regierung eine überdurchschnittliche Repräsentation von arabischen Ethnien aufweist, wird der Zustand von den Sudanese selbst auch als »Innere Kolonialisierung« bezeichnet. So drücken sie ihre Wahrnehmung der Machtverhältnisse aus.

Militär, Milizen und die Regierung in Khartum

Der Einsatz von Milizen und die von diesen verübten Massaker haben in der Region Darfurs leider eine lange Tradition. Auch den Schnellen Einsatzkräften werden schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Bevölkerung vorgeworfen. Die Milizen sind seit dem »Popular Defense Act« von 1989 legalisiert und schützen zum Zweck eines ideologisierten Gegengewichts zum Militär die politische Ordnung vor etwaigen Militärputschen. Die Regierung bestreitet jeden direkten Zusammenhang zwischen Milizen und dem staatlichen Machtapparat. Ob Khartum die den Milizen vorgeworfene »ethnische Säuberung« an der Bevölkerung Darfurs wirklich anordnete oder ob schlicht die Kontrolle über die militarisierten Gruppen verloren wurde, ist nicht ganz klar.

Auf der andere Seite: Die Rebellen

Die anderen bewaffneten Gruppen vor Ort sind Rebellengruppen. Die beiden wichtigsten sind die JEM (Justice and Equality Movement) und die SLA/M (Sudan Liberation Army/Movement). Die JEM erhielt erst im Verlauf der ersten Konfliktjahre zunehmend politisches Gewicht. Zu dieser Zeit war die Führung der JEM besetzt mit vielen Anhängern von al-Turabi. Dieser war eine Schlüsselfigur in der Vorbereitung des Staatsstreichs von 1989, der den heute als Präsident regierenden Omar al-Bashir an die Macht brachte. Von der Gruppe selbst wurden direkte Beziehungen zwischen den beiden Bewegungen jedoch dementiert. Die JEM und Teile der SLA/M schlossen sich 2006 kurzfristig zur NRF (National Redemption Front) zusammen. Obwohl die gemeinsamen militärischen Aktionen weitgehend erfolgreich waren, zerbrach diese Koalition schnell an inneren Streitigkeiten. Konflikte unter den Rebellen führen immer wieder zu Kämpfen zwischen den einzelnen Gruppen. Da beide keine langfristigen Lösungsvorschläge liefern konnten, fehlte lange Zeit eine breitflächige internationale Anerkennung. Doch mit dem erneuten Zusammenschluss der JEM und Teilen der SLA/M im Jahr 2011 zur SRF (Sudan Revolutionary Front) wird klar, dass sich Darfurs Lage nicht mehr regional begrenzen lässt. Nationale politische Forderungen, wie etwa Friedenslösungen auch für andere Konfliktregionen – wie den Nuba-Ber-

gen und Blue Nile – haben die Situation nun zu einer Systemkrise des gesamten Sudans gemacht.⁷

Die Rolle des Nachbarn Tschad

Durch die direkte Nähe zur Konfliktregion hat auch der sudanese Nachbar Tschad politische Interessen in diesem Konflikt. Tschads politische Lage kann hier leider nicht tiefer behandelt werden. Als eines der ärmsten Länder der Welt gelistet, wird der Tschad von Diktator Idriss Deby autoritär regiert. Die Erdöl-Millionen werden vor allem zur Machtsicherung genutzt. Die Beziehungen zum Sudan sind vielschichtig und komplex. Während der ersten Kriegsjahre unterstützte der Sudan wiederum tschadische Rebellen und auch sudanese Milizen griffen im Konfliktverlauf osttschadische Städte an. Hier scheinen Interessen der Regierung in Khartum an einem Regierungswechsel im Tschad eine Rolle gespielt zu haben. Darüber hinaus wird der Tschad aufgrund der andauernden Kriegssituation in Darfur mit humanitären Problemen konfrontiert. Da die sudanese Zivilbevölkerung über die Grenze flieht, fällt die humanitäre Katastrophe in den Zuständigkeitsbereich des Tschads. Die EU zahlte übrigens 311 Millionen an Entwicklungshilfe an den Tschad, um in der Grenzregion die Flüchtlinge schützen zu können. Bevor die mediale und politische Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf die Auseinandersetzung in Darfur gelenkt wurde,⁸ nutzte der Tschad seinen Einfluss auf einzelne Rebellengruppen zur Vermittlung im Konflikt. Doch die ausgehandelte Waffenruhe hielt gerade mal 45 Tage. Die Beschuldigungen, im jeweils anderen Staat Rebellengruppen zu unterstützen, führte lange zu schwierigen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Erst am 19. Januar 2010 wurde ein Abkommen geschlossen, in dem die Einstellung dieser Unterstützung sowie gemeinsame Grenzpatrouillen vereinbart wurden. Seitdem hat sich diese Lage entspannt.

Der Konflikt

Mittlerweile dauert der Konflikt in Darfur schon elf Jahre an. Doch wie kam es zu dessen Ausbruch? Nachdem Darfur im Zuge des Neuverteilungsprozesses von Macht und Ressourcen im Verlauf der Friedensschließung zwischen Sudan und Südsudan ausgelassen worden war, formierte sich Widerstand. Zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam es dann erstmals im Jahr 2003. Die Grundforderungen der Rebellen beziehen sich vor allem auf die Forderung nach politischer Teilhabe und wirtschaftlichen Investitionen. Teilweise werden jedoch auch Autonomiebestrebungen der Region befürwortet.

Ende Juli 2004 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1556 mit einem Ultimatum und forderte ein Ende der Gewalt, sowie Zugang für humanitäre Hilfe und die Entwaffnung der Milizen. Die 7.000 entsandten Soldaten und Zivilpolizisten, die vor allem von der EU, den USA, Kanada und der Afrikanischen Union finanziert und gestellt wurden, konnten die Einhaltung eines neuerlichen Waffenstillstands nicht garantieren. Diese sogenannte AMIS-Truppe wurde 2007 von der UNAMID-Mission abgelöst und von der Afrikanischen Union und der UN gemeinsam geführt. Eine

Entwaffnung der Milizen gelang jedoch bis heute nicht. Grund dafür ist unter anderem der Druck der Volksrepublik China. Sie blockiert eine Erweiterung der Befugnisse und Kompetenzen für die UNAMID-Soldaten vor Ort. Dadurch können diese keine Festnahmen und Überführungen nach Den Haag vornehmen. Das Engagement dieser Gruppe wurde seither immer wieder verlängert, zur Zeit bis zum 30. Juni 2015.

2006 wurde ein weiteres Friedensabkommen zwischen Regierung und einer Fraktion der SLA/M unterzeichnet, das jedoch von der JEM und anderen Teilen der SLA/M als nicht weitreichend genug abgelehnt wurde. Die daraus resultierende weitere Zersplitterung der Rebellengruppen erschwert die Friedensverhandlungen seither zusätzlich. Unter dem Vorwand der weiteren Rebellenbekämpfung startete die Regierung im gleichen Jahr trotz internationalen Drucks eine erneute Offensive gegen Rebellen und Zivilbevölkerung. Zudem zeichnete sich innerhalb der Bevölkerung eine Zunahme von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen ab. Grund hierfür war die weiter zunehmende Ressourcenknappheit. Eine neue Flüchtlingswelle setzte ein, wodurch sich die humanitäre Lage der Menschen weiter verschlechterte. Das Fehlen eines strukturell verankerten, aktionsfähigen Staates führt zu einem an Gesetzlosigkeit grenzenden Klima, welches die Region für die nächsten Jahre beherrscht. Die Übergriffe betrafen nicht allein die Zivilbevölkerung, sondern auch die stationierten Friedensgruppen und humanitäre Hilfsorganisationen.

Die Situation war und ist noch immer sehr komplex. Der Sudan musste im Laufe der Verhandlungen eingestehen, dass es Schwierigkeiten mit der Entwaffnung von Milizen gibt, womit die These des Kontrollverlusts gestärkt werden kann. Andererseits hat Khartum lange kein ernsthaftes Interesse an einer Lösung des Konflikts gezeigt. Die Fronten scheinen verhärtet. Während al-Bashir seine Machtposition verteidigt, kämpfen die Rebellen für eine Vielzahl an Veränderungen. Und solange das so bleibt, kämpfen die Menschen in Darfur ums Überleben. Dürren und die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage des Sudans verstärken die kritische Situation vor Ort weiter. Nicht nur die humanitären Auswirkungen, die noch immer das Leben so vieler Menschen beeinflussen, sondern auch die weiter voranschreitende Desertifizierung erschweren die Lebensumstände und prägen das Gesicht Darfurs. Vielleicht ist dies der erste »Klima-Krieg« der Menschheit. Sicher ist es nicht der letzte. Die darunter Leidenden sind die Einwohner der Region. Seit Beginn des Konflikts variieren die Zahlen der Toten von 300.000 bis zu 400.000, während die Zahl der Flüchtlinge mit zwei bis zu fünf Millionen beziffert wird.⁹ Um die Aktualität zu unterstreichen: Die Zahlen der Flüchtenden für 2013 belaufen sich allein in diesem Jahr auf über 400.000 Menschen. Mehr als ein Drittel der Bewohner Darfurs, etwa 3,2 Millionen Menschen, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Besonders die Zerstörung von Brunnen, Ackerland und Lebensraum sowie die Tötung von Nutztieren treffen die Menschen in ihrer Lebensgrundlage.

Es war zudem das erste Mal, dass von Genozid gesprochen wurde, noch während die Kämpfe andauerten und auf-

grund dieser ein Haftbefehl gegen einen amtierenden Präsidenten erlassen wurde.¹⁰ Dies geschah am 4. März 2009 und wurde mit dem Verdacht auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begründet. Im Juli 2010 fügte der IStGH noch Völkermord hinzu. Ebenso sind ein ehemaliger Innenminister, ein Verteidigungsminister, ein Milizenführer und drei Rebellenführer Gegenstände laufender Ermittlungen. Die Anklagen lauten ähnlich: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, jeweils in mehreren Fällen.

Der Friedensprozess

Als internationaler Vermittler in diesem Konflikt spielt Katar seit etwa fünf Jahren eine wichtige Rolle. Der Friedensprozess zieht sich seitdem hin, macht aber nicht zu übersehende Fortschritte. Im Jahr 2009 wurden in erneuten Verhandlungen die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zu sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen, wie beispielsweise Gefangenenaustauschen und humanitärer Hilfe, erreicht. Mit der JEM saß eine wichtige Rebellengruppe mit am Verhandlungstisch. Die Verhandlungen zu einem Friedensschluss wurden jedoch 2010 von erneuten Kämpfen mit unverminderter Intensität unterbrochen. Erst im Mai 2011 konnten die Gespräche wieder aufgenommen werden. Auf einer Konferenz wurde schließlich eine Erklärung verabschiedet, die Grundlagen für einen Friedensvertrag unter Einbindung der Zivilgesellschaft schaffte. 2012 wurde dann schließlich die Darfur Regional Authority eingerichtet. Diese Behörde sollte vor allem die Umsetzung des in Doha geschlossenen Abkommens kontrollieren. Schließlich konnte das »Doha Document for Peace in Darfur« unterzeichnet werden, obwohl hierbei wichtige Teile der Rebellengruppen nicht eingeschlossen werden konnten. Nicht zuletzt lassen politische und strukturelle Neugliederungen Darfurs auf eine langfristige Verbesserung der Situation hoffen.

Dennoch gehören Westsudan und Tschad noch immer zu den aus humanitärer Sicht problematischsten Krisengebieten der Welt. Noch immer wird die Arbeit von Hilfsorganisationen durch die prekäre Sicherheitslage und bürokratische Hürden behindert. Als Reaktion auf den IStGH-Haftbefehl gegen Präsident al-Bashir hat die sudanesishe Regierung 13 internationalen und drei sudanesischen humanitären Nichtregierungsorganisationen die Arbeit untersagt. Mitarbeiter wurden in den letzten Jahren verstärkt Opfer von gewalttätigen Übergriffen, Einschüchterungsversuchen, Arbeitsbehinderungen und Ausweisungen. Die Kämpfe haben durch den Friedensprozess zwar abgenommen, dennoch brechen immer wieder bewaffnete Konflikte aus. Dadurch können nicht nur die in den Tschad geflüchteten Menschen nicht zurück in ihre Heimat, wodurch die Lage von Binnenflüchtlingsen noch schwieriger wird. Es sind circa 1,9 Millionen Menschen und damit etwa ein Viertel der Bevölkerung Darfurs, die ihre Wohnorte verlassen haben und damit ihre Lebensgrundlage zurücklassen mussten. Etwa 4,7 Millionen der sieben Millionen Einwohner Darfurs sind noch immer direkt oder indirekt vom Konflikt betroffen. 2,8 Millionen sind auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen.¹¹ Während humanitäre Hilfe die Flüchtigen im

Ein Ausblick

Die Lage der Zivilbevölkerung verbessert sich kaum. Es wird sogar eine steigende Zahl Binnenflüchtiger verzeichnet und aufgrund der wieder zunehmenden Gewalt warnten auch die Vereinten Nationen Anfang 2014 vor erneuten Ausbrüchen der Gewalt. Da die UNAMID ihre Ziele noch immer nicht so verwirklichen konnte, dass eine dauerhafte Stabilisierung der Lage sichtbar wurde, wird vermutet, dass die Gruppe sich zukünftig wieder stärker auf den Schutz der Bevölkerung ausrichten wird. Um einen langfristigen Friedensschluss zu erreichen, ist jedoch wieder ein stärkeres Engagement notwendig. Die diplomatischen Bemühungen müssen intensiviert werden, um den vorhandenen Willen zum Waffenstillstand weiter zu stützen und die Kämpfenden an den Verhandlungstisch zu holen. Nur durch internatio-

Fußnoten

- 4) Begriffe wie Stamm, Volk, Rasse etc. sollen hier vermieden werden. Sie sind Zeugen eines rassistischen und meiner Meinung nach immer auch diskriminierenden Haltung. Des weiteren lassen die gelebten Gegebenheiten in Darfur keine klare Trennung zu, da Ehen zwischen sich unterschiedlich identifizierenden Gruppen nicht außergewöhnlich sind. Weitere Informationen hierzu: Abed Ghaffar/M. Ahmed, 'Tribal' Elite: A base for social stratification in the Sudan, in: dies. (Hrsg.), Anthropology in the Sudan: Reflections by a Sudanese Anthropologist, Utrecht 2003, S. 65 - 79.

- <http://www.bpb.de/apuz/29275/der-konflikt-in-darfur>
(zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

- [illegible]

Sudan politisch, Domenico-de-ga
(de.wikipedia.org / GFDL, CC BY-SA 3.0)

- 11) Auswärtiges Amt: Der Darfur-Konflikt, 23.05.2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/Darfur_node.html (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:35 Uhr).

Literatur

Amnesty International: Amnesty Report 2011. Sudan, <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/sudan> (Zuletzt aufgerufen 05.12.14, 9:40 Uhr).

Auswärtiges Amt: Der Darfur-Konflikt, 23.05.2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/Darfur_node.html (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:35 Uhr).

BBC News: African Union in rift with court, 03.07.2009, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8133925.stm> (zuletzt aufgerufen 05.12.14, 9:45 Uhr).

Bundeszentrale für politische Bildung: Sudan/Darfur, 03.06.2014, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54699/sudan-darfur> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

Bundeszentrale für politische Bildung: Der Konflikt in Darfur, 17.01.2005, <http://www.bpb.de/apuz/29275/der-konflikt-in-darfur> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

Bundeszentrale für politische Bildung: UN-Mission in Darfur, 02.08.2007, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69901/un-mission-in-darfur-02-08-2007> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

Darfursituation.org. Juristische Begleitung eines Konflikts, Darfursituation.org (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

Human Rights Watch, 08.01.2011: Sudan: Deteriorating Situation in Darfur, <http://www.hrw.org/news/2011/01/08/sudan-deteriorating-situation-darfur> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:30 Uhr).

Kröpelin, Stefan/Schorsch, Andrea: Wie kam der Sand in die Sahara?, 29.04.2014, <http://www.n-tv.de/wissen/frageantwortet/Wie-kam-der-Sand-in-die-Sahara-article12671931.html> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 12:05 Uhr).

Öhm, Manfred: Nach dem Frieden – mitten im Krieg: Der Sudan und der Darfur-Konflikt, abrufbar unter: Friedrich-Ebert-Stiftung, library.fes.de/pdf-files/id/ipg/02865.pdf (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:55 Uhr).

Raupp, Judith: 300.000 Tote, drei Millionen Flüchtlinge, 10.05.2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/darfur-toe-drei-millionen-fluechtlinge-1.183313> (zuletzt abgerufen 02.12.2014, 16:15 Uhr).

Saub, Esther: Darfur: Wasser als Kriegsgrund, 19.11.2009, <http://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio46456.html> (zuletzt aufgerufen: 03.12.2014, 22:45 Uhr).

Savedarfur: Responding to genocide, savedarfur.org/the-conflict/ (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:40).

Tagesschau.de: Hoher Preis für Krisenmission – EU-Millionen für Tschads Militärregime, 08.05.2009, <http://www.tagesschau.de/ausland/ttschad102.html> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:45 Uhr).

UNAMID. African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur: UNAMID Facts and Figures, <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/unamid/facts.shtml> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 11:45 Uhr).

Unmissions.org: The Darfur conflict, <http://unamid.unmissions.org/Default.aspx?tabid=10998&language=en-US> (zuletzt abgerufen 07.12.2014, 12:10 Uhr).

Nigerias erfolgloser Kampf gegen den Terror der islamistischen Sekte Boko Haram

Der Kampf des nigerianischen Militärs gegen Boko Haram rückt immer dann kurz in die öffentliche Wahrnehmung, wenn neue blutige Anschläge verübt wurden. Doch was sind die eigentlichen Konfliktursachen und welche Möglichkeiten eines Friedens bestehen?

Ein Artikel von Lukas Kamps

Ein stiller Schulhof und kein Kindergeschrei wie sonst. Am 14.04.2014 änderte sich der Konflikt in Nigeria schlagartig mit der Entführung von mehr als 200 Schülerinnen aus dem Ort Chibok. Die fehlgeschlagene Suchaktion durch Polizei und Militär führten zu Protesten durch Familienangehörige und andere Nigerianer und machten das Problem damit der Weltöffentlichkeit bewusst.

Kurzer Überblick über den Staat Nigeria

Um diesen Konflikt, der schon viel länger besteht, verstehen zu können, muss man sich den Staat Nigeria genauer anschauen. Nigeria ist als ehemalige Kolonie Großbritanniens ein Staat mit Grenzen, die von ehemaligen Kolonialherren gezogen worden sind, ohne auf die Stammesgrenzen der jeweiligen Bevölkerung zu achten. Hinzu kommt, dass in Nigeria mehr als 514 verschiedene Sprachen und Idiome gesprochen werden. In Russland, dem größten Land der Erde, gibt es 39 Amtssprachen. Eine wirkliche Demokratie herrscht auch nicht in Nigeria, denn es gab schon mehrere Militärputsche. Seit Ende der 90er Jahre gibt es einen Demokratisierungsprozess, der jedoch noch viele Probleme bewältigen muss. Korruption ist eines von vielen großen Problemen, vor denen Nigeria noch steht.

Damit wird deutlich, dass diese Heterogenität innerhalb Nigerias viele Konflikte und Verständigungsschwierigkeiten in sich birgt. Der Hauptgrund für den jetzigen Konflikt ist die Zweiteilung des Landes in einen mehrheitlich muslimischen Norden und einen mehrheitlich christlichen Süden. Im Norden des Landes findet der Großteil des Konfliktes zwischen Boko Haram und dem nigerianischen Staat statt.

Ziel von Boko Haram ist, ein Kalifat mit der Rechtsprechung der Scharia für ganz Nigeria durchzusetzen. Boko Haram bedeutet so viel wie »westliche Bildung verboten« oder »Die moderne Erziehung ist eine Sünde«. Für die Durchsetzung ihrer Ziele bekämpfen sie auch moderate Muslime, die ihrer Ansicht nach einen zu westlichen Lebensstil leben. Die Mitglieder von Boko Haram bleiben in der Regel geheim. Zum Teil operieren sie so geheim, dass nicht einmal Familienmitglieder wissen, dass ihre Söhne Mitglieder in dieser Gemeinschaft sind. Das erschwert die Arbeit der Behörden zur Festnahme der Mitglieder.

Hinzu kommt die weit verbreitete Korruption unter den staatlichen Behörden, die es vielen Mitgliedern von Boko Haram ermöglicht, durch Bestechung einer Festnahme zu entgehen. Der Staat führt hier einen Kampf an zwei Fronten. Zum einen gegen Boko Haram und zum anderen gegen die eigenen Leute, die korrupt sind. Dieser Zustand macht eine Zerschlagung von Boko Haram sehr schwierig.

Als der Konflikt zwischen Staat und Islamisten Ende der 90er Jahre ausbrach, gab es Boko Haram noch nicht. Dieser Konflikt hatte die Einführung der Scharia in den nördlichen

Staaten zur Folge und es starben tausende Menschen bei religiösen Pogromen. Die Einführung der Scharia wurde nicht von einer Gruppe gefordert, sondern war allgemeiner Tenor.

Entstehung und Entwicklung von Boko Haram

Boko Haram ist durch das Errichten eines Trainingslagers mit dem Namen »Afghanistan« nahe der Grenze zum Niger erstmals der Öffentlichkeit bekannt geworden. Imame hatten damals staatliche Behörden vor dieser »Sekte« gewarnt (Sekte ist die allgemeine Bezeichnung für Boko Haram). Die Behörden blieben jedoch bis zu Unruhen im Jahre 2009 durch Boko Haram untätig.

Diese Unruhen sind durch das Verbot einer Demonstration von Boko Haram ausgebrochen. Sie breiteten sich schnell in der Provinz Bauchi aus und schlugen auch auf andere Provinzen über. Besonders blutig waren die Zusammenstöße in der Stadt Maiduguri, bei der das Rote Kreuz von bis zu 780 Todesopfern ausgeht. Bei diesen Zusammenstößen wurde der Sektenführer von Boko Haram durch die Polizei erschossen. Diese Unruhen waren der eigentliche Beginn der Auseinandersetzung zwischen Boko Haram und dem nigerianischen Staat.

Seit 2009 dreht sich die Spirale der Gewalt immer stärker und auf beiden Seiten kommt es zu Menschenrechtsverletzungen. Folter und willkürliche Erschießungen seitens der Regierung führen zu einem stetigen Zulauf zu Boko Haram; vor allem durch arme junge Männer, die keine Zukunft im gegenwärtigen System sehen. Der Konflikt ist daher sehr viel vielschichtiger und nicht nur als rein religiöser Konflikt zu sehen.

Probleme des Staates Nigeria und ihre Folgen

Laut Transparency International liegt Nigeria auf dem 134. Platz von 178 Plätzen gemessen an den Ausmaßen der Korruption. Die Korruption sorgt dafür, dass trotz großen Wirtschaftswachstums die Hälfte aller Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss und es eine sehr große Ungleichverteilung des Reichtums gibt. Die wirtschaftlichen Zentren des Landes befinden sich alle im Süden oder in der Mitte des Landes und nicht im Norden. Es findet daher eine sehr große Nord-Süd Wanderung statt.

Sowohl die Korruption, die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit als auch die Drangsalierungen durch die Polizei und Militär führen zu diesem ständigen Zulauf junger Männer zu Boko Haram. Es gibt aber auch seitens der Regierung bisher keine erkennbaren Lösungsansätze für dieses Problem. Diese Situation hat damit zum traurigen Höhepunkt des innernigerianischen Konflikts mit der Entführung der 280 Schülerinnen geführt.

Auch vor dieser Entführung fanden täglich Verschleppungen statt und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen

Militär und Boko Haram, jedoch stellt diese Tat den bisherigen Höhepunkt dar. Die Ankündigung der Entführer, die Mädchen auf Sklavenmärkten zu verkaufen und zwangsweise zu verheiraten, hat zu Protesten und Fassungslosigkeit innerhalb der nigerianischen Bevölkerung geführt. Das Vertrauen der Menschen in die Polizei und das Militär, die nicht in der Lage sind, die Bevölkerung ausreichend zu schützen, ist stark gesunken.

Ein weiterer Faktor in diesem Konflikt ist die Justiz. Es herrschen drei unterschiedliche Rechtssysteme in Nigeria. Das angelsächsische Recht aus dem Common Law, die Sharia und das ethnisch zugehörige Gewohnheitsrecht. Beim ethnischen Gewohnheitsrecht wird noch die Stammeszugehörigkeit berücksichtigt. Entscheidend für die Rechtsprechung ist daher Wohnort, Religion und ethnische Zugehörigkeit.

Eine effizient arbeitende Justiz ist unter diesen drei parallel laufenden Rechtssystemen sehr schwierig. Dieser Zustand und die hinzukommende Korruption machen es Boko Haram sehr einfach, sich der Strafverfolgung zu entziehen. Diese grundsätzlichen staatlichen Probleme, die immer wieder in ehemaligen Kolonien zu finden sind, sind hier auch wieder erkennbar.

Die Größe des Militärs ist, gemessen an der Größe des Landes, sehr klein, was eine effektive Bekämpfung unmöglich macht. Das Militär ist nur dazu in der Lage, auf Anschläge zu reagieren, jedoch besitzt es nicht die Möglichkeit, dauerhaft mehrere Regionen zu sichern, weil dafür die Personalstärke zu gering ist. Nigeria ist mehr als zweimal so groß wie Deutschland und besitzt nur 77.000 Mann im Militär, während Deutschland 181.000 Mann aufweisen kann. Diese Diskrepanz zwischen Größe des Landes und vorhandenen Sicherheitskräften ist sehr entscheidend für die Kontrolle über entlegene Gebiete und Grenzregionen, in die sich Boko Haram immer wieder nach Angriffen zurückzieht. Die Festnahme mehrerer Mitglieder von Boko Haram durch kamerunische Sicherheitskräfte in der Grenzregion könnte zum Vorbild werden, um die Rückzugsräume zu zerstören.

Wie der Terror besiegt werden könnte

Eine Möglichkeit zur Bewältigung des Konfliktes wäre die Aufstockung des Militäretats zur Anhebung des Soldes und die Aufstockung des Personals, um eine effektive Sicherung der Regionen zu schaffen. Diese Herangehensweise kann jedoch nicht das einzige Mittel zur Lösung des Konfliktes sein. Es muss ein umfassendes Maßnahmenpaket geben, um diesen Konflikt zu entschärfen und Boko Haram die Möglichkeiten zu nehmen, weitere Mitglieder zu werben. Durch ein Beschäftigungsprogramm und den gleichzeitigen Ausbau der Infrastruktur zur besseren Anbindung an die Metropolen im Süden und der Mitte des Landes fördert man die Unternehmen. Dies schafft eine finanzielle Basis bei den Menschen, was sie wiederum resistenter macht gegen die Verlockungen durch Boko Haram.

Damit könnte vielleicht verhindert werden, dass noch mehr als die jetzt schon 10.000 »Bei Angriffen auf Sicherheitskräfte, Behörden, Schulen und Kirchen [...]«¹ umgekommenen Menschen sterben.

Jüngstes Beispiel für das Zustandekommen dieser Zahlen ist das Massaker an mehr als 25 Menschen im Norden Nigerias am 23.11.2014, der verdeutlicht, dass der Konflikt im Gange ist. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Lage in nächster Zeit zum Guten ändert.

Fußnoten

- 1) <http://www.tagesschau.de/ausland/nigeria-197.html>.

Literatur

<http://de.wikipedia.org/wiki/Nigeria>

<http://www.tagesschau.de/ausland/nigeria-197.html>

<http://www.spiegel.de/>

http://www.spiegel.de/thema/terrorgruppe_boko_haram/

<http://www.zeit.de/politik/ausland/boko-haram-ueberblick>

Train roll on, on down the line? — Vom Scheitern politischer Debattenkultur

Nicht nur die Zeitschriften und Fernsehnachrichten sind seit Anfang des Jahres voller Krisenberichterstattung – auch in die politischen Diskurse haben die Krisen Einzug gefunden. Dass dabei jedoch allzu oft übers Ziel hinausgeschossen wird und eine Rhetorik wie zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses in den 80er Jahren aufkommt, bedarf einer Kritik.

Ein Artikel von Lukas Mengelkamp

Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein. Es sieht so aus, als ob im Jahr 2014 eine Krise nach der anderen unerwartet und plötzlich ausgebrochen sei. Ob von dem Konflikt in der Ukraine die Rede ist, dem Vormarsch des IS, dem Ausbruch von Ebola in Westafrika oder den gestiegenen Zahlen der Flüchtlinge, die nach Europa wollen: Die Welt, so hört man wieder allerorten, ist einmal mehr »gefährlicher geworden«. Hinzu kommen schon länger schwelende Konflikte, die mit den »neuen« Krisen oft ebenfalls in Verbindung gebracht werden: Der Zerfall des libyschen Staates, der syrische Bürgerkrieg oder der Terror von Boko Haram in Nigeria, um nur einige prominente Beispiele zu nennen.

Neue Verantwortung?

Neue Verantwortung! — Neue Verantwortung???

In Deutschland ist parallel dazu – mal wieder – eine Debatte über »neue Verantwortung« ausgebrochen, die insbesondere durch die Rede des Bundespräsidenten Gauck zur Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz (früher Wehrkundetagung) angestoßen wurde. Nicht nur, weil »wir« selbst durch die neuen Krisen bedroht werden, sondern auch, weil wir eine »neue« Verantwortung für die unschuldigen Opfer dieser Krisen haben, so meist die Argumentation, müsse Deutschland international »mehr tun«. Erstaunlicherweise erschöpft sich der Diskurs um die »neue Verantwortung« dann allerdings schnell und was dabei herauskommt ist vor allem eines: Diplomatische und zivile Mittel in der Außenpolitik habe Deutschland in der Vergangenheit zuhauf angewandt und das habe offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg gehabt; deshalb gelte es jetzt, auch der militärischen Komponente der Außenpolitik mehr Geltung zu verschaffen. Denn letztendlich – die realistische Schule lässt grüßen – wird man nur ernst genommen, wenn deutsche Panzer auch mal wieder rollen dürfen. Aber nicht nur Vertreter einer härteren Gangart in der Außenpolitik im Sinne neuer deutscher Interessenwahrnehmung reden der Aufrüstung das Wort, auch »Humanisten« und Menschenrechtler glauben, dass Deutschland seiner Verantwortung für die Menschheit nicht gerecht werden könne, wenn es nicht in der Lage sei, auch mal militärisch zu intervenieren.

Man kann noch so oft mahnen, die Interventionen der Vergangenheit ehrlich zu evaluieren; man kann noch so oft darauf verweisen, dass Verarmung und Zerklüftung der nicht-OECD-Welt überhaupt erst die sozioökonomischen Grundlagen für Konflikte legen und sich solcherlei Konfliktsachen der militärischen »Konfliktlösung« nun einmal entziehen¹ – es gilt: was nicht sein darf, darf nicht sein. Es muss schlicht eine einfache und schnelle Lösung für Konflikte geben – und diese Lösung heißt: nicht nur im Zweifelsfall Militär.

Pazifismus als Sündenbock —

»Verbrecherisch« und »Gefährlich«

Dieser realitätsverkenkende Komplex großer Teile der politischen Eliten in Deutschland braucht offensichtlich auch einen Sündenbock. Warum greifen wir nicht öfters ein? Warum »helfen« wir nicht öfters? Hier greifen alte Mechanismen wieder, denn dieser Sündenbock findet sich im Pazifismus. Neuerdings sind sogar Ausfälle wieder hörbar geworden, wie man sie seit der Bundestagsdebatte um den NATO-Doppelbeschluss 1983 nicht mehr vernommen hat. Damals behauptete Heiner Geißler, der Pazifismus der 30er Jahre sei schuld an Auschwitz: »Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.«² Geißler musste sich wenigstens noch anhören, dass Auschwitz weitaus unwahrscheinlicher gewesen wäre, wenn man im Deutschland der 30er Jahre auf die Kritik des organisierten Pazifismus an Militarismus und Nationalsozialismus gehört hätte. Dass Pazifismus ein Verbrechen sei, kann man heute jedoch anscheinend unwidersprochen wieder von sich geben. So behauptete der Publizist Navid Kermani in einem Interview mit der Berliner Zeitung: »Die pazifistische Position in Fällen wie jetzt im Irak finde ich verheerend, verantwortungslos und in der Konsequenz sogar verbrecherisch.«³ In der Wochenzeitung »Die Zeit« war sich Matthias Geis nicht einmal zu schade dafür, eine Art pazifistischer Verschwörung in Staat und Gesellschaft dafür verantwortlich zu machen, dass die Bundeswehr nicht in der Lage sei, im Irak und Syrien mit zu bomben.⁴ Es greifen Reflexe aus der Zeit des Kaiserreichs: Pazifismus ist mal wieder ein Verbrechen und eine Gefahr für die Sicherheit.

Über das Scheitern

und Alternativen diskutiert man nicht

Für die politische Debattenkultur ist dies nicht gerade ein gutes Zeichen. Angesichts des Scheiterns der Staatenordnung im Nahen Osten, dem Ende der gescheiterten Intervention in Afghanistan, dem Staatszerfall in Libyen (für das man sich nach der militärischen »Lösung« auf einmal überhaupt nicht mehr interessierte) und dem Konflikt um die Ukraine wäre eigentlich Selbstreflexion geboten. Insbesondere müsste mal darüber nachgedacht werden, was »der Westen« eigentlich an Verantwortung für die Eskalation dieser Krisen trägt. Und ein wenig mehr Nüchternheit wäre auch angemessen: Seit dem Ende des Kalten Krieges und erst recht seit 9/11 wird die Debatte von Unsicherheitsdiskursen geprägt – mit der Realität hat dies augenscheinlich nichts gemein; zumindest in Europa war noch nie in der Geschichte so sicher zu leben, wie heute. Solch diffuse Schlagworte

wie »neue Verantwortung« müssen ersetzt werden und ganz konkret andere Fragen angegangen werden: Wie schaffen wir eine gerechte Weltordnung? Wie bringen wir das Völkerrecht und die UN wieder zur Geltung? Wo sind die Ursachen von Konflikten zu suchen?⁵ Lassen sich Konflikte von außen überhaupt regulieren? Ansätze für die Klärung dieser Fragen gibt es, sie müssen nur ernsthaft verfolgt werden.⁶ Es wird Zeit dafür. Doch leider kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Zeit in der man erst schießt und dann Fragen stellt, noch lange nicht vorbei ist.

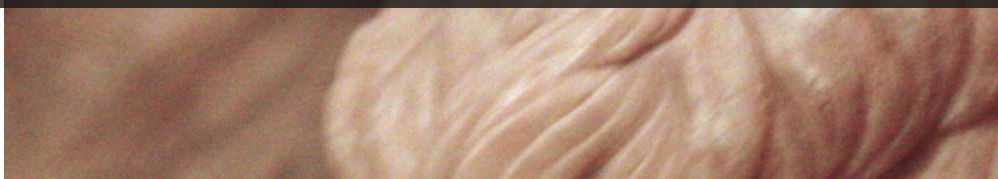
Fußnoten

- 1) Vgl.: Senghaas, Dieter: Weltordnung in einer zerklüfteten Welt, hat Frieden Zukunft?, Berlin 2012; »Afghanistan und Libyen lehren eines: große Zurückhaltung und Selbstbescheidung beim Einsatz militärischer Gewalt. Denn als politisches Instrument ist militärische Gewalt aller Erfahrung nach – das zeigen empirische Untersuchungen zu militärischen Interventionen nach 1945 – nicht sehr effektiv. Territorien lassen sich verteidigen oder erobern, Regime stürzen, aber politische Ziele nur schwer mit militärischer Gewalt erzwingen. Das gilt insbesondere dann, wenn der Einsatz sich gegen nicht-staatliche Akteure richtet.«, aus: Rudolf, Peter: Afghanistans blühende Demokratie, Wer produktive Lehren aus der Intervention ziehen will, muss zunächst das Scheitern akzeptieren, ipg-Journal, 22.09.2014, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/interventionen/artikel/detail/afghanistans-bluehende-demokratie-594/>, zuletzt abgerufen am 05.12.2014.
- 2) Vgl.: Lipp, Karlheinz/Lütgemeier-Davin, Reinhold/Nehring, Holger (Hrsg.): Frieden und Friedensbewegung in Deutschland, 1892 – 1992, Ein Lesebuch (Frieden und Krieg, Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 16), Essen 2010, S. 369 – 371.
- 3) Vgl. Pazifismus beim Irak verheerend, Interview mit Navid Kermani, Berliner Zeitung, 22.09.2014: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/navid-kermani-ueber-is-pazifismus-beim-irak-ist-verheerend,10808018,28484576.html>, zuletzt abgerufen am 06.12.2014.
- 4) Geis, Matthias: Pazifismus für alle, Die Zeit, 19.10.2014, <http://www.zeit.de/2014/43/pazifismus-ausland-seinsaetze-bundeswehr>, zuletzt abgerufen am 05.12.2014.
- 5) Gerade in Bezug auf die Diskussion um ISIS sei auf den Artikel von Michael von der Schulenburg verwiesen: von der Schulenburg, Michael: Lasst den »IS« doch einfach an sich selbst scheitern! Die Bomben verbauen die einzige Chance, die Dschihadisten wirklich zu schwächen, ipg-Journal, 03.11.2014: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/lasst-den-is-doch-einfach-an-sich-selbst-scheitern-653/>, zuletzt abgerufen am 06.12.2014.
- 6) Hier sei beispielsweise auf eine Studie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung hingewiesen, die den Erfolg oder Misserfolg von Interventionen in den letzten Jahrzehnten evaluiert hat: Gromes, Thorsten/Dembinsk, Matthias: Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005 (HSFK-Report Nr. 2/2013), <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0213.pdf>, zuletzt abgerufen am 05.12.2014.

Philosophie



Erstmals befindet sich dieses Ressort im vorderen Teil der Zeitschrift und bringt gleich eine Neuerung mit: Unseren ersten englischsprachigen Artikel. Aber auch Altbewährtes findet sich hier. Der Diskurs unserer Autoren über Gott und die Religion geht auch in diesem Heft weiter!



Theismus und Atheismus in der Diskussion

Als Reaktion auf die These, Gott sei eine Schöpfung des Menschen, erschienen in der vergangenen Ausgabe gleich zwei Artikel: Samuel Kressner mit dem Vorwurf des New Atheism und Sebastian Kirschner mit einer theologischen Replik. Nun folgt die direkte Antwort.

Ein Artikel von Aron Schwertner

Die Frage nach der Existenz Gottes regt immer wieder zu hitzigen Diskussionen an. Es ist eine Frage mit besonderer Brisanz, da sie, je nach Antwort, den Blick auf das menschliche Leben in fundamentaler und umfassender Weise verändert. Im Rahmen dieses Artikels führe ich die Diskussion, welche sich in den letzten beiden Ausgaben von dispositio & opinio entwickelt hat, fort. Mein Anliegen ist es also, auf die Reaktionen bezüglich meines Artikels »Gott – Eine Schöpfung des Menschen« einzugehen. Doch zu Beginn möchte ich mich bei den Kommilitonen Kressner und Kirschner für ihre Gegenartikel bedanken. Das Konzept der Zeitschrift, insofern sie eine Diskussionsplattform darstellt, geht durch die Reaktion der beiden Kommilitonen auf. Ich möchte mich zunächst mit der Kritik Kressners befassen und im weiteren Verlauf auf Kirschners Artikel eingehen.

New Atheism: die falsche Ecke

Kressner ordnet meine Position zu Beginn seines Artikels »Denn sie wissen nicht, was sie tun – Über den neuen Atheismus und sein Scheitern«¹ in die Linie des New Atheism ein. Anschließend beginnt er mit der Kritik an diesem und hinterfragt das Projekt des New Atheism im Ganzen. Die Einordnung meiner Position durch Kressners trifft jedoch nicht zu. Ich werde dies im Folgenden erläutern und meine Position hinsichtlich entscheidender Stellen präzisieren.

Kressner wirft mir zunächst ein eindimensionales Religionsverständnis vor; Religion in Rivalität zur Wissenschaft. Ich gebe natürlich zu, dass ich mich mit Religion in Rivalität zur Wissenschaft auseinandersetze. Es ist allerdings nicht die einzige Perspektive. Die Frage des Theodizee-Problems betrifft offensichtlich eine moralische Dimension des Göttlichen. Die Frage nach einer Begründung der Religion und die Überlegung hinsichtlich der Wahrheit von Religionen vor dem Hintergrund ihrer Vielzahl können geklärt werden, ohne die Religion in Kontrast zur Wissenschaft zu stellen. Ich möchte die Religion mitnichten auf diese eine Ebene reduzieren!

Doch schauen wir uns mein erstes Argument einmal genauer an. Es ist zunächst eine einfache Analyse der Situation. Die Religion hat sich faktisch aus den Erklärungsversuchen über den Aufbau und das Funktionieren der Welt zurückgezogen. Sie scheint nicht in der Lage gewesen zu sein, präzise und befriedigende Erklärungen zu liefern. Die Frage, die dadurch aufgeworfen wird, ist, ob man trotzdem an diesem Glaubenssystem festhalten sollte? Mehr soll und kann dieses Argument nicht leisten. Dass ich mich dabei zunächst auf eine »naive« Form der Religion beziehe, gebe ich natürlich zu.

Des Weiteren möchte ich ein Missverständnis klären.

Wenn ich bei der Interpretation von religiösen Texten von einer Notlösung spreche, dann tue ich dies auf den konkreten Fall bezogen. Die Interpretation von Texten jeglicher Art ist richtig und wichtig. Doch sie hat gewisse Grenzen.

Im Buch Genesis heißt es:

Dann sprach Gott: Lasst uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich. Sie sollen herrschen über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh, über die ganze Erde und über alle Kriechtiere auf dem Land. Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.²

Als Erklärung zur Entstehung des Menschen ist dies zunächst einmal völlig unterbestimmt. Der Darwinismus scheint mit der oben zitierten Beschreibung der Schöpfung des Menschen schwer vereinbar zu sein. Wenn Theologen nun versuchen, die Bibel und neue wissenschaftliche Erkenntnisse miteinander zu vereinen, dann wird die Auslegung der Bibel an diesen Stellen überstrapaziert. Hier möchte ich von einer Notlösung sprechen.

Kressners Frage nach dem Ziel der Kritik greife ich nun auf. So richtet sich das erste Argument meines Artikels in gewisser Weise gegen eine »naive« Form der Religion. Die anderen Argumente lassen sich meiner Meinung nach auch gegen eine »progressive« Form der Religion formulieren. Das bescheidene Ziel meines Artikels war es, Fragen beim Leser aufzuwerfen, ihm einige atheistische Argumente darzulegen und eine andere Perspektive auf Religion zu zeichnen: Religion als Schöpfung des Menschen. Ob ich den Gläubigen damit als vernunftfreies Wesen und »gewaltfreudigen Fundamentalisten«³ darstelle oder versuche, ein bloßes Otherring zu betreiben, wie es Kressner in seiner polemischen Ausdrucksweise formuliert, sei dahingestellt.

Wissenschaftsgläubigkeit

Auf einen letzten Punkt möchte ich noch eingehen. Die Position des New Atheism, wie sie Kressner zeichnet, scheint eng mit einer Wissenschaftsgläubigkeit einherzugehen. Aus einer heutigen Sicht ist die Überzeugung, dass Wissenschaftler in ihren Theorien und durch ihre Experimente absolut sicheres Wissen generieren, naiv. Der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper hat durch seine Theorie des Falsifikationismus dargelegt, warum es schon aus rein logischen Gründen notwendig ist, wissenschaftliche Theorien als reine Hypothesen aufzufassen, welche niemals bewiesen, sondern lediglich falsifiziert werden können.⁴ Eine Theorie ist genau dann falsifizierbar, wenn sie an der Erfahrung scheitern kann; das heißt, wenn es einen Beobachtungssatz gibt, mit dem die Theorie angreifbar beziehungsweise widerlegbar ist, wenn er zutrifft.

Das klassische Induktionsproblem nach Hume spielt dabei eine zentrale Rolle. Von der Beobachtung mehrerer

schwarzer Raben auf das Gesetz ›Alle Raben sind schwarz‹ zu schließen, bedarf der Rechtfertigung, dass die Erfahrung zeigt, dass man mit Schlüssen dieser Art Erfolg hatte.⁵ Wenn wir von mehreren Beobachtungen auf ein Gesetz schließen, dann können wir diesen Schluss nur mit einem Induktionsschluss auf höherer Ebene begründen. Man begründet den Induktionsschluss mit einem weiteren Induktionsschluss; ein Zirkel entsteht. Das Induktionsproblem weist also auf den Rechtfertigungszirkel hin, welcher bei induktiven Schlüssen vorliegt. Poppers Lösung besteht nun grob gesprochen darin, dass wissenschaftliche Theorien zwar niemals verifiziert, also durch Erfahrung bestätigt, werden können. Darum sind sie als Hypothesen aufzufassen. Sie können aber an der Erfahrung scheitern; sie können falsifiziert werden.

Ein mögliches Kriterium

Ebenfalls interessant für unsere Diskussion könnten Poppers Überlegungen zu »Metaphysik und Kritisierbarkeit«⁶ sein. Popper stellt sich die Frage, wie wir zwischen wahren und falschen philosophischen beziehungsweise metaphysischen Theorien unterscheiden können. Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Theorien können diese nicht empirisch widerlegt werden. Sie sind also in gewissem Sinne unwiderlegbar. Trotzdem können wir sie kritisch diskutieren. Desweiteren sollten wir uns den Kontext, in dem die Theorie steht, anschauen. Denn auch philosophische Theorien versuchen, gewisse Probleme zu lösen.

Wenn wir also die Theorie als Vorschlag zu einer Lösung eines Problems oder mehrerer Probleme betrachten, dann gibt es unmittelbar Möglichkeiten für eine kritische Diskussion – sogar dann, wenn die Theorie nicht-empirisch oder unwiderlegbar ist. Denn wir können fragen: Löst die Theorie ihr Problem? Löst sie es besser als andere Theorie? Verschiebt sie es vielleicht nur? Ist die Lösung einfach? Ist sie fruchtbar? Widerspricht sie vielleicht anderen philosophischen Theorien, die wir zur Lösung anderer Probleme brauchen?⁷

Wenn wir die kritische Diskussion auf die Religion übertragen, stellt sich also zunächst die Frage: Welche Probleme versucht sie eigentlich, zu lösen? Mit der Annahme eines Gottes scheinen verschiedene Probleme und deren Lösung in einer Entität zusammenzulaufen. Die Religion bietet Antworten auf fundamentale Fragen des Menschen. Was ist der Ursprung des Universums? Woher kommt der Menschen? Was erwartet uns nach dem Tod? Wie sollten wir leben und handeln und warum?

In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, ob die Lösung der Probleme durch Gott plausibel ist, ob sie das Problem nicht nur verschiebt, wie hoch die ontologischen Kosten der Theorie sind,⁸ und ob die Probleme nicht auch mit einfacheren Mitteln beziehungsweise Theorien erklärt werden können. Mit diesen methodischen Überlegungen zur Diskussion möchte ich nun zu Kirschners Artikel »Gott – Eine Schöpfung des Menschen?«⁹ überleiten. Ich halte jedoch noch einmal fest, dass ich, wie oben erläutert, kein Anhänger des New Atheism bin. Daher läuft die Kritik Kirschners in die Leere.

Definitionen

Eingangs beschäftigt sich Kirschner mit der Definition von Gott und arbeitet ein grundsätzliches Problem in Bezug auf den Konstruktionsgedanken heraus. Als erstes sei angemerkt, dass ich meine Aussagen nicht als eine klar umrissene Definition verstehe. Was, nebenbei bemerkt, wahrscheinlich überhaupt nicht möglich ist. Es ist eine grobe Beschreibung unseres Verständnisses des Begriffes ›Gott‹.¹⁰ Unser Ausgangspunkt ist also der de facto bestehende Begriff. Doch woher stammt er? Hier eröffnen sich nun zwei Möglichkeiten. Entweder wir haben ihn konstruiert, genauso wie wir andere Begriffe konstruiert haben, zum Beispiel Stuhl, Kultur oder Gerechtigkeit, oder er wurde uns durch Gott offenbart. Was für mich eine sehr fragwürdige Idee darstellt. Doch das ist überhaupt nicht der Punkt. Die interessante Frage ist doch, ob unserem Begriff ›Gott‹ ein Referenzobjekt in der Wirklichkeit entspricht oder eben nicht. Kirschner vermischt in seinen Ausführungen eine semantische mit einer ontologischen Ebene. Die Frage nach einer sprachlichen Fixierung und die Frage nach der realen Existenz können unabhängig voneinander gestellt werden. Daher greift der Vorwurf eines grundlegenden Argumentationsfehlers meiner Meinung nach nicht.

Die Planck'sche Mauer

Am Beispiel der Planck'schen Mauer bezweifelt Kirschner die Ersetzung der Theologie durch die Naturwissenschaft. Ich stimme mit ihm völlig überein, dass die Naturwissenschaft in diesem Fall scheinbar an eine Grenze ihrer Möglichkeiten stößt. Doch daraus resultiert nicht, dass »die 10-43 Sekunden vor der Planck'schen Mauer bloße Konstruktion sind«,¹¹ sondern, legt man die Theorie des Urknalls zugrunde, Aussagen über diesen Zeitraum höchst spekulativ sind. Ich möchte jedoch die Frage stellen, ob die Idee einer Schöpfung des Universums durch Gott in Bezug auf den Ursprung unseres Universums überhaupt etwas erklärt. Wenn Gott das Universum geschaffen hat, bleibt offensichtlich noch zu klären, wie denn Gott entstanden ist. Eine gängige Antwort wäre wohl, salopp formuliert: Gott ist ewig – eine unbefriedigende Antwort. Könnte man sich nicht auch vorstellen, dass das Universum selbst schon ewig besteht? Mir scheint, dass das Problem des Ursprungs durch die Gotteshypothese nur auf eine metaphysische beziehungsweise übernatürliche Ebene verschoben wird. Letztlich also wenig Erklärungswert besitzt.

Die ›Erfahrung‹ Gottes

Die Psychologen Pawlik und Buse haben eine Studie zum Thema Astrologie durchgeführt, mit spannenden Ergebnissen.¹² Personen, die an Astrologie glauben und die Bedeutung ihres Sternzeichens kennen, besitzen die ihnen prognostizierten Persönlichkeitseigenschaften. Personen hingegen, die nicht an Astrologie glauben und/oder ihr Sternzeichen nicht kennen, besitzen die ihnen prognostizierten Persönlichkeitseigenschaften lediglich auf Zufallsniveau. Dies stützt die Theorie der Selbstattribution. Menschen verhalten sich nach den vorhergesagten Persönlichkeitseigenschaften, wenn sie davon wissen. Nicht auf-

grund der Konstellation der Sterne, sondern weil sie ihre Persönlichkeit an die Vorgaben der astrologischen Theorie angleichen. Könnte die Erfahrung Gottes nach einem ähnlichen Muster verlaufen? Menschen, die an eine christliche Religion glauben, könnten ihre Erfahrungen aus dem Licht ihrer christlichen Überzeugung heraus interpretieren. Menschen, die dieser Religion nicht anhängen, aus einer anderen Perspektive. Diese Theorie erklärt ebenfalls, warum ein Großteil der Menschen keine göttlichen Erfahrungen erlebt. Sie leistet mit einfacheren Mitteln eine Erklärung für einen umfassenderen Bereich von Menschen.

Kirschner spricht in Bezug auf eine konkrete göttliche Erfahrung Jesus von Nazareth an; zweifellos ein inspirierender Mensch. Ein Mensch, der Vorbildfunktion hat, wie vielleicht auch Gandhi oder Sophie Scholl. Ihn als Sohn Gottes aufzufassen, bleibt aus einer atheistischen Perspektive logischerweise ein bloßes Dogma.

Im weiteren Verlauf beschreibt Kirschner, was mit ›Dogma‹, nach katholischem Verständnis, gemeint ist: »eine sprachliche Fixierung einer göttlichen Wahrheit, deren sprachliche Gestalt ebenso flexibel ist, wie die Ausdrucksmöglichkeiten der Gläubigen«. ¹³ Nehmen wir dieses katholische Verständnis für einen Moment an. Das Dogma »Gott existiert« wäre demnach »eine sprachliche Fixierung einer göttlichen Wahrheit«. ¹⁴ Dies scheint zirkulär zu sein.

Im katholischen Verständnis des Begriffs ›Dogma‹ ist die Existenz Gottes bereits impliziert; Keine göttliche Wahrheit ohne einen existierenden Gott. Der Vorwurf an die Religion, unbegründete Annahmen zu machen, wird hier in besonderem Sinne deutlich. Schon in der Bedeutung des Begriffs ›Dogma‹ ist die Existenz Gottes angelegt. In der Philosophie versteht man unter Dogma übrigens »eine unbegründete Annahme«.

Nachdem wir nun einige atheistische Argumente besprochen haben, möchte ich mit einer Frage an den Kommilitonen Kirschner schließen. Welche Argumente sprechen ihrer Meinung nach für eine Existenz Gottes?

Fußnoten

- 1) Kressner, Samuel: Denn sie wissen nicht, was sie tun – Über den neuen Atheismus und sein Scheitern. http://www.dispositio-opinio.de/pdf/2/dispositio_02-2014.pdf.
- 2) Genesis 1, 26-28.
- 3) Kressner: Denn sie wissen nicht, was sie tun.
- 4) Wer sich für Poppers Position interessiert, dem sei folgendes Buch empfohlen: Popper, Karl: Lesebuch: Ausgewählte Texte zur Erkenntnistheorie, Philosophie der Naturwissenschaften, Metaphysik, Sozialphilosophie. Stuttgart: UTB 1997.
- 5) Vgl. S.112 Bartels, Andreas; Stöckler, Manfred (Hrsg.): Wissenschaftstheorie. Ein Studienbuch, Mentis 2007.
- 6) S.195 Popper, Karl: Lesebuch: Ausgewählte Texte zur Erkenntnistheorie, Philosophie der Naturwissenschaften, Metaphysik, Sozialphilosophie. Stuttgart: UTB 1997.
- 7) S. 202 ebd.
- 8) Die Frage nach den ontologischen Kosten zielt drauf ab, welche und wie viele Existenzannahmen eine Theorie machen muss, damit sie funktioniert und einen Erklärungswert besitzt.
- 9) Kirschner, Sebastian: Gott – Eine Schöpfung des Menschen?. http://www.dispositio-opinio.de/pdf/2/dispositio_02-2014.pdf.
- 10) Diese Beschreibung beansprucht natürlich auch nicht, alle Aspekte unseres Verständnisses von Gott in sich zu einen.
- 11) Kirschner: Gott.
- 12) Pawlik, K Buse, L (1981) Nachprüfung und Erklärung von Eysnecks Astrologie-Persönlichkeits Korrelationen. Zeitschrift für Parapsychologie und Grenzgebiete. der Psychologie, 23, 2.
- 13) Kirschner: Gott.
- 14) Ebd.

The intellectual is dead — Long live the intellectual

This article will shed light upon the fact that the concept of the intellectual has historically been coupled to a repetitive death sentence over the past hundred years. I will argue that instead of societal circumstances, which displaced public intellectuals, the intellectual class itself tried its best to marginalize the position intellectuals enjoyed in western society.

Ein Artikel von Kilian Gärtner

The intellectual is dead. This declaration is one of the most affirmed claims of previous decades. Since the early 1980's when the influential theories of the postmodern philosophers, such as Michel Foucault or Jean-Francois Lyotard, came to dominate the intellectual world, the claim that the role of the intellectual was declining became an inflationary trend. The ongoing »specialization of knowledge«, the postmodern »denial of universal truth and justice« and the persistent »mediatization« of Western culture destroyed the foundation of critical intellectuals. Nevertheless, scholars such as Edward Said stressed that »there seems to be a great deal of life in the ideas and the practices of writer intellectuals that are still very much a part of the public realm« (Said, 2002, p.20). More importantly, the postmodernists were not the first to deny the intellectual as a social and cultural authority. Even long before the 1980's, intellectuals criticized their own class for breaking the engagement of responsibilities.

This article will shed light upon the question why the concept of the intellectual has historically been coupled to a repetitive death sentence over the past hundred years. In order to answer this question it is necessary to present a definition of the concept and role of the intellectual and to examine how it evolved. But first of all, what are the characteristics of an intellectual? How did these characteristics transform during the past hundred years? And secondly, is there truly something like a disappearance of intellectuals? Let me emphasize beforehand that it is fundamental to recognize, that this article deals not with an overall decline of intellectually employed »people« but rather with the displacement of the notion of the intellectual along the lines of Jean-Paul Sartre and Émile Zola.

According to Stefan Collini the concept of the archetypical or classical intellectual is defined as referring to »figures who, on the basis of their deeper insight into the nature of reality and the purpose of human life, are able to give guidance to others about what to believe and how to live« (Collini, 2006, p.473). The classical intellectual was repeatedly described as a »moral conscience of society«¹ that found its fortune in the form of a committed political left-wing writer and is deeply rooted in ideals of emancipation of the working class (Foucault, 2010, p.301). Furthermore his field of responsibilities includes the duty to »intervene in social and political affairs in the name of universal values, truth and justice« (Chongyi, 2005, p.6). Traditionally, intellectuals functioned next to journalists as a non-compliant, autonomous and critical counterpart of politicians and the government (Jennings, 2000, p.830). Consequently intellectuals enjoyed public confidence and achieved an autonomous position, which was »matched by status« and »enhanced the right to be heard« (Jennings, 2000, p.830). The American author No-

am Chomsky described the set of responsibilities of intellectuals in the following words:

»Intellectuals are in a position to expose the lies of governments, to analyse actions according to their causes and motives and often hidden intentions. In the Western world, at least, they have the power that comes from political liberty, from access to information and freedom of expression. For a privileged minority, Western democracy provides the leisure, the facilities, and the training to seek the truth lying hidden behind the veil of distortion and misinterpretation, ideology and class interest, through which the events of current history are presented to us. The responsibility of intellectuals, then, are much deeper than...the »responsibility of people«, given the unique privileges that intellectuals enjoy« (Chomsky, 1967, p.1).

In relation to this brief characterization, it is important to mention that the above quotes merely describe an archetypical notion, which was coined by a development of more than one hundred years and the achievements of quite a number of diverse intellectuals. Today the concept is unsettled as a consequence of several theoretical attacks which seem to have transformed it into something of the past, a cultural myth, which was summarized in a polemical manner by Jeremy Jennings as follows: »The hypothesis that the universal intellectual, born with Voltaire, made flesh by Zola, had died with the passing of Sartre« (Jennings, 2000, p.835).

But is the intellectual really a thing of the past? It is becoming clear that until this day and age the notion of the intellectual is tightly coupled to a death sentence. But I want to exemplify as well that the announcement of the decease of the intellectuals by scholars such as Julien Benda, Ayn Rand, Michel Foucault and Jean-Francois Lyotard, each time it happens, can be analysed as an indication that the actual debate is redefining and rehabilitating the intellectual again and that the displacement of the intellectual is not as threatening as it seems to be at first.

One example for this hypothesis was offered by Julien Benda, who published the volume *The Treason of Intellectuals* (Transaction publishers, 2007) in 1927. The book balanced the account with the new born intellectual class of the early 20th century. Stefan Collini correctly highlights that »no discussion on the theme of the role of intellectuals can wholly ignore« Benda's publication (Collini, 2006, p.279). The author's book serves as an outstanding illustration for this article for two reasons. First, he was an adherent of the »Dreyfusards« and therefore tightly coupled to the birth hour of the intellectual. Second, Benda criticized the development of the intellectuals in relation to the aspect of universal norms and values, which is mostly affiliated with the postmodern critics of later decades. Consequently Benda's

criticism supports my claim as his book is »a famous attack on the intellectual corruption of the age« as well as for the periodic appearance of critique on the concept (Benda, 2007, p.9).

According to Julien Benda the professions of Western culture must be historically subdivided in the realms of theory and practice. While the people who are involved in the practical professions are named by the term of »laymen«, Benda's book focused on the scheme of the »clerks«, which should be understood as an alternative expression for the class of theoretical intellectuals. These two opposed professions were clearly separated during the past centuries and their relationship was described by Benda as follows:

»They (the clerks) were unable to prevent the laymen from filling all history with the noise of their hatreds and their slaughters, but the clerks did prevent the laymen from setting up their actions as a religion, they did prevent them from thinking themselves great men as they carried out these activities. It may be said that, thanks to the clerks, humanity did evil for thousands years, but honoured good. This contraction was an honour to the human species, and formed the rift whereby civilization slipped into the world« (Benda, 2007, p.44).

The quote presents the claim that »intellectuals cannot prevent politicians and soldiers from filling all history with the noise of their hatred, but they can prevent them from thinking themselves as great men«, which equals that historically »evil was known to be evil« (Walzer, 2002, p.32; Walzer, 2002, p.33). Julien Benda argues that this historical self-conception of the clerks changed during his period of time in the sense that intellectuals went away from the habits of philosophers such as Immanuel Kant, Voltaire and Montesquieu (Benda, 2007, p.46). He describes this change as the betrayal of the »traditional panoply of philosophical and scholarly ideals« (Benda, 2007, p.10). This is the reason why the »treason« described by Benda must be designated as »the betrayal by the clerks of their vocation as men devoted to the life of the mind« who began to »immense themselves in the unsettlingly practical and material world of political passions« (Benda, 2007, p.10).

To present the betrayal of the intellectuals more detailed it is important to understand that Benda did not condemn political commitment per se but rather political passions which aimed at the powerful and artistic expression of racism, class conflicts and nationalism — three political passions which were highly apparent in the European post-war period of the late 1920's. Benda argues that it is crucial to highlight that while old established philosophers, as the predecessors of intellectuals, left critical distance between politics and the role of the intellectual (and therefore remained independent from passions), in the early decades of the 20th century intellectuals assimilated and mixed the two aforementioned professions (Benda, 2007, p.10). To offer explanation for this phenomenon, Benda argues that the intellectual class lost faith in the concept of humanity and rather focused on the national or located needs and demands partially evoked through »a decline in the study of classical literature and with that a lesser appreciation of what

was human in its universal aspect« (Jennings, 2000, p.831).

However, Benda's argument seems to contradict »his own involvement in the Dreyfus affair« (Walzer, 2002, p.31). Corresponding to Roger Kimball, who is an American social commentator and the writer of the introduction for the 2007 fourth edition of Benda's *Treason of the intellectuals*, Julien Benda was not »so naïve to believe that intellectuals as a class had ever entirely abstained from political involvement or the realm of political affairs« but rather intellectuals were aware of the risk of an assimilation of the two professions (Benda, 2007, p.11). According to the American intellectual Michael Walzer, Julien Benda demanded from the intellectual in order to be called a true intellectual, »to be guided by the desire for truth alone« (Walzer, 2002, p.31).

Even though Benda's book aimed at the displacement of the position of intellectuals his book influenced a redefining of the notion of the intellectual. This is the reason why the proclaimed »marginalization of critical intellectuals seems to be caused not so much by the lack of power of intellectuals as by the lack of solidarity among intellectuals« (Chongyi, 2005, p.13).

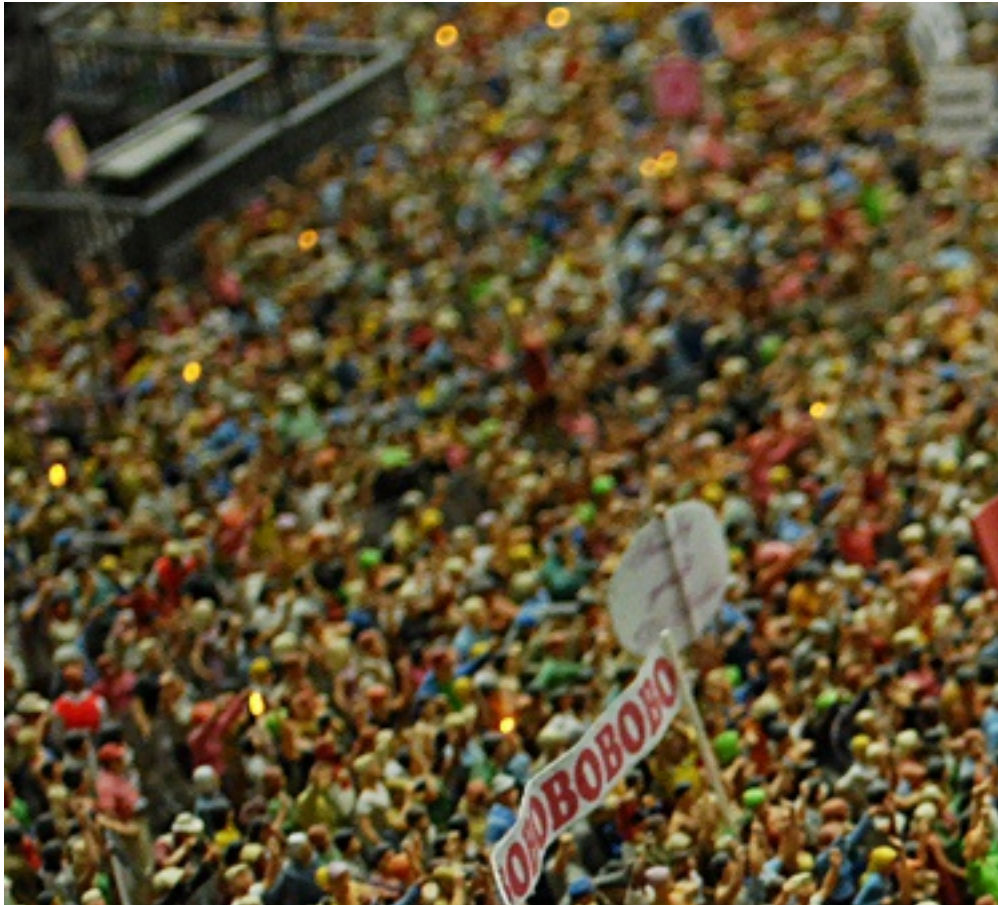
Consequently, I agree with theorists like Feng Chongyi who says that it is fundamental to apprehend that »the greatest threat of the very survival of intellectuals today comes from within the ranks of intellectuals themselves« (Chongyi, 2005, p.7). A similar view is presented by the British historian Stefan Collini who highlights the fact »that nearly all extended attacks on intellectuals as a category are by those who would have to be classified as other intellectuals« (Collini, 2002, p.204).

Even recently, several publications seem to confirm this conclusion. Explaining the same phenomenon, Stefan Collini stresses that the role of the intellectual was always tightly coupled to an object of desire. He claims: »how could any limited, flawed, largely unoriginal individual possibly be the embodiment of the dream?« (Collini, 2006, p.500). He concludes that »desire generates further fantasy, and fantasy, by definition, fastens on the not-here and the not-now« (Collini, 2006, p.500). Or, to put it differently, intellectual desire focuses attention to a better life, a better world tomorrow. Intellectuals however are only human. At the same time, they embody the eternal dream of truth and justice in a different world. Therefore the death and consequent rebirth of the intellectual describes a continuity which will most probably stay alive in the future. Paradoxically, the multifaceted debate about the intellectual's proclaimed death proves to be precisely the reason why the concept has successfully survived the 20th century.

Fußnoten

- 1) Translation: »das Gewissen aller zu sein« (see Foucault, 2010, p.301)

Gesellschaft



Im Mittelpunkt der Artikel hier steht der Umgang der Gesellschaft mit verschiedenen Phänomenen. Angefangen mit ihrer Reaktion auf Streiks über ihre Verwendung des Begriffs »Islamismus« bis hin zur momentan sehr beliebten Medienkritik. Die Themen sind breit gefächert und die Kritik unserer Autoren tiefgehend.



Medienkritik — Gerechtfertigt oder bloßer Populismus?

Medienkritik ist im Moment total angesagt. Sei es die Ukrainekrise, der russische Staatspräsident Putin oder die Affäre Wulff vor etwa zwei Jahren. Doch wie ist das Phänomen Medienkritik zu begreifen? Und was lässt sich für den mündigen Bürger daraus lernen?

Ein Artikel von Torsten Gertkemper

Das Studio ist modern, die Programmankündigung erinnert an die opulenten Trailer von CNN und die Dame, die freundlich in die Kamera redet, entspricht dem Idealbild einer jungen Moderatorin. Wir befinden uns in Berlin. Hier baut der Sender Russia Today (RT) gerade sein deutsches Standbein auf.¹ 1.800 Kilometer weiter östlich, in Moskau nämlich, wird Projekt Sputnik² gestartet. Der Name ist Programm: Sputnik war der sowjetische Satellit, der den Westmächten einen technischen Schock verpassen und deutlich machen sollte, wozu der Osten in der Lage war. 57 Jahre später benennt man ein russisches Medienprojekt danach – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Beiden Vorhaben ist eines gemein: Sie wollen den westlichen Medien eine andere Meinung entgegensetzen. »RT Deutsch« ist vor allem im Internet präsent und in seinem äußeren Erscheinungsbild sehr professionell.³ Der Sender, der seit einem Monat nun auch auf Deutsch sendet, hat auf Facebook mittlerweile mehr als 40.000 Likes – eine nicht ganz unbedeutende Zahl.⁴ Um das zu verstehen, muss man ziemlich genau ein Jahr zurückgehen; zu dem Zeitpunkt, als in Kiew die so genannten Maidanproteste begannen.

Meinung und Gegenmeinung

»Lese hier schon wieder nur NATO-Propaganda, genauso wie im Spiegel und in der Süddeutschen Zeitung. Gibt es denn keine unabhängigen Berichte mehr?«⁵ Selten sind solche Kommentare nicht und nicht immer sind diese Äußerungen noch derart zurückhaltend. Einen Funken Wahrheit kann man in dieser Aussage schon erkennen. Anders sind SPIEGEL-Titel wie »Der Brandstifter – wer stoppt Putin?«⁶ nicht zu bezeichnen. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass sich die westliche Presse in Fragen der Annexion der Krim und in Sachen Krieg in der Ostukraine sehr einig ist. Man darf dagegen auch nicht vergessen, dass gerade Medien wie der SPIEGEL – unabhängig davon, welche Meinung sie vertreten (dafür darf man sie nicht verurteilen) – über Stimmen und Gegenstimmen berichten.⁷ Die Gemengelage von Einseitigkeit auf der einen und Ausgewogenheit auf der anderen Seite ist unübersichtlich, deshalb lohnt sich erst einmal der Blick auf das Lager der Medienkritiker.

Medienkritik als abstraktes Phänomen

In Zeiten der Sozialen Netzwerke ist es nicht leicht, Medienkritik zu begreifen. Sie ist auf keinen Fall als homogene Erscheinung zu charakterisieren. Der deutsche Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hat sich in einem viel beachteten Interview mit dem Deutschlandfunk dazu geäußert.⁸ Seine Unterteilung der Medienkritiker in zwei große Gruppen stellt eine gute Interpretationshilfe dar: »Wir haben seriöse Medienkritiker, die wirkliche Fehler entdecken [...]«⁹ Dies ist auch in der ersten Ausgabe dieser Zeit-

schrift getan worden: »Die Homogenität der Demonstranten [auf dem Maidan, Anm. d. Verf.] in Bezug auf ihr gemeinsames Ziel wurde weit über die Heterogenität der gesamten Ukraine gestellt.«¹⁰ Diese Kritik hat ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Immer mehr wurde im weiteren Verlauf der Berichterstattung darauf eingegangen, dass sich auch rechtsradikale Kräfte die Bewegung zu Nutze machten, um ihre abscheulichen Ziele zu verfolgen.

Leider kann diese Form der konstruktiven Medienkritik nicht darüber hinwegtäuschen, dass andere Kräfte den Diskurs dominieren. Nach Pörksen sind damit die sogenannten »gekauften Provokateure, Trolle und Empörungsjunkies«¹¹ gemeint. Auch hier lohnt sich ein genauerer Blick. Sie definieren sich durch ihre verallgemeinernde Kritik.¹² Damit geht ein generelles Misstrauen gegen die Medien einher, was Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, sowie die öffentlich-rechtlichen Sender bewusst mit einbezieht. Das ist eine gefährliche Entwicklung, denn sie begünstigt alle Medien, die durch Pauschalurteile Stimmung machen wollen und damit die Meinungsfreiheit missbrauchen – welches Beispiel eignet sich da besser als Sputnik-Projektleiter Dimitri Kissiljow?¹³

Der Fall Wulff

Berlin, 17. Februar 2012: Christian Wulff tritt vom Amt des Bundespräsidenten zurück. Zuvor hatten sich sämtliche Medien nicht gerade anständig verhalten. Bobby Car-Affären und geschenkte Kochbücher wurden zu Symbolen eines käuflichen Präsidenten stilisiert¹⁴ (bei der Europäischen Kommission in Brüssel geht es um größere Geldbeträge). Kein Medium hielt sich bei der unverhältnismäßigen Berichterstattung gegen den ehemaligen Bundespräsidenten zurück, was man in seinem neu erschienen Buch immer wieder bemerken kann.¹⁵ Medienkritik ist an diesem Punkt nicht nur angebracht, sondern dringend notwendig. Viele Zeitungen gerieten damals in einen Strudel, aus dem sie nicht mehr heraus konnten und wollten. Spätestens seit dem Anruf bei Kai Diekmann, dem BILD-Chefredakteur,¹⁶ war die Richtung fast aller Medien vorgegeben. Das Problem liegt in den Schlussfolgerungen, die man daraus zieht.

Man kann sich bei der Lektüre von Christian Wulffs Buch nicht des Eindrucks erwehren, dass es sich bei Journalisten um eine gierige Meute handelt, die es kaum erwarten kann, einen Menschen vor ihre Füße geworfen zu bekommen. Was Wulff dabei gerne vergisst, ist die Fähigkeit der Medien zur Selbstkritik. So kommentierte Rainer Pörtner in der Stuttgarter Zeitung: »Keiner kommt aus ihr [der Wulff-Affäre, Anm. d. Verf.] sauber raus: Wulff nicht, die Medien nicht, erst recht nicht die Justiz [...]«¹⁷ Auch der Intendant des Deutschlandfunks, Willi Steul, gestand auf einer Podiumsdiskussion mit Deutsche Welle-Chef Peter Limbourg ein, dass

die Causa Wulff mittlerweile in Journalistenschulen als Beispiel unterrichtet werde, wie man nicht berichten sollte.¹⁸ Darüber hinaus darf man nicht die Leser vergessen, die mit ihren Leserbriefen für dieses Umdenken gesorgt haben. Hier zeigt sich ein weiteres Defizit von Medienkritik: Die mangelnde Berücksichtigung der Intelligenz des Lesers.

Manchmal hilft Kant

Immanuel Kant sagte einmal: »Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.«¹⁹ Nur zu gerne beklagen die Klamaukkritiker, die Mündigkeit werde ihnen durch die bösen mainstreamgesteuerten Medien genommen.²⁰ Diese Sichtweise ist falsch. Gewiss ist nicht zu bestreiten, dass Medien einseitig sein können. Der Fall Christian Wulff hat das gezeigt, genauso wie die Berichterstattung über den Anfang der Maidanproteste. Doch die Informationsfreiheit, die uns das Grundgesetz garantiert²¹, legt uns nicht auf ein Medium fest. Die Kritiker, deren Stimmen am lautesten sind, übersehen einen wichtigen Punkt: Informationsfreiheit bedeutet auch Informationsverantwortung. Dieser müssen die Medien natürlich nachkommen, genauso aber auch die Leser! Wer sich nur in der BILD-Zeitung über die Geschehnisse zum Beispiel in der Ukraine informiert, macht es im Prinzip nicht anders als der DDR-Bürger, der nur die Zeitung „Neues Deutschland“ las – mit dem kleinen Unterschied, dass der DDR-Bürger nichts anderes lesen konnte und durfte. Die Verantwortung des modernen Medienkonsumenten liegt darin, selbst mehrere Quellen zu Rate zu ziehen und kritisch zu sein. Wenn er das tut, wird er auch ganz schnell verschiedene Meinungen zu hören bekommen. Damit wären wir wieder bei Kant. Auf den heutigen Stand gebracht, bedeutet dies: Einseitigkeit gibt es in den Medien. Wer aber nicht die Bereitschaft zeigt, aus eigener Initiative über den Tellerrand zu schauen, der ist selbst schuld, wenn er unmündig bleibt!

Fußnoten

- 1) Kynast, A.: Die Russen und wir, in: <http://www.heute.de/berlin-direkt-ueber-den-russischen-fernsehsender-russia-today-35903376.html> (z.a.a. 22.11.2014).
- 2) Vgl. Ebd.
- 3) <http://www.rtddeutsch.com/> (z.a.a. 20.11.2014) Ein Blick auf die Internetseite, wenn auch mit angebrachtem Misstrauen, lohnt sich.
- 4) <https://www.facebook.com/rtddeutsch?fref=ts> (z.a.a. 19.11.2014).
- 5) Bingöl, Y.: Kommentar auf Facebook: „<https://www.facebook.com/zeitonline/posts/10152455039529429>“.
- 6) SPIEGEL-Cover der Ausgabe 11/2014: <https://pbs.twimg.com/media/BiSdpWCiCAIWGYV.jpg> (z.a.a. 18.11.2014).
- 7) Gebauer, M.: Reaktion auf Merkel-Kritik. SPD-Spitze warnt vor Putin-Bashing, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/putin-kritik-spd-geht-auf-distanz-zu-merkel-a-1003378.html> (z.a.a. 21.11.2014).
- 8) Pörksen, B.: RTDdeutsch. Dahinter steht ja der Kreml (Interview), in: http://www.deutschlandfunk.de/rt-deutsch-dahinter-steht-ja-der-kreml.761.de.html?dram:article_id=303297 (z.a.a. 15.11.2014).
- 9) Ebd.
- 10) Erz, H.: »Si vis pacem, para bellum«, in: dispositio & opinio 1 (2014), online abrufbar unter <http://dispositio-opinio.de/2014/05/si-vis-pacem-para-bellum/> (z.a.a. 22.11.2014).
- 11) Pörksen, B.: RTDdeutsch. Dahinter steht ja der Kreml (Interview), in: http://www.deutschlandfunk.de/rt-deutsch-dahinter-steht-ja-der-kreml.761.de.html?dram:article_id=303297 (z.a.a. 15.11.2014).
- 12) Vgl. Ebd.
- 13) »Deutschlands Außenminister, der mit einem Mann zusammen lebt, sucht wohl die Nähe der durchtrainierten Männerkörper der Klitschko-Brüder auf dem Maidan.« So kommentierte Kissiljow den Besuch Guido Westerwelles als Noch-Außenminister Ende 2013 in Kiew. Sachliche Berichterstattung sieht anders aus, zit. n. <http://www.heute.de/berlin-direkt-ueber-den-russischen-fernsehsender-russia-today-35903376.html>. (z.a.a. 22.11.2014).
- 14) <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-01/wulff-bobby-autohaus> (z.a.a. 22.11.2014).
- 15) Vgl. Wulff, C.: Ganz oben, ganz unten, München 2014.
- 16) Nachzulesen bei: <http://www.bild.de/politik/inland/wulff-kredit-affaere/das-sprach-wulff-dem-bild-chef-auf-die-mailbox-34832232.bild.html> (z.a.a. 21.11.2014).
- 17) Pörtner, R.: Politische Katharsis. Kommentar zum Wulff-Urteil, in: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommentar-zum-wulff-urteil-politische-katharsis.58619082-e0bb-40f2-9b28-6150b36177db.html> (z.a.a. 22.11.2014).
- 18) Vgl. Willi Steul am 20.01.2014 in dem Internationalen Club Redoute e.V. in Bonn Bad Godesberg: <http://www.intclub-redoute-bonn.de/veranstaltungen/abendveranstaltungen/veranstaltungshistorie/index.html> (z.a.a. 22.11.2014).
- 19) Kant, I. zit. n. <http://www.uni-potsdam.de/u/philosophie/texte/kant/aufklaer.htm> (z.a.a. 15.11.2014).
- 20) Siehe Anm. 5.
- 21) GG Art.5 (1): »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten [...].«

Dieser Artikel wird bestreikt!

Ist das noch Arbeitskampf oder Terrorismus?" Vor einigen Wochen empörte sich ganz Deutschland über den Bahnstreik. Bis heute sind sich die Tarifparteien nicht einig geworden. Worum geht es bei dem Arbeitskampf? Welche Rolle spielen GDL, DB und EVG?

Ein Artikel von Julian von Mach

Angeführt von Claus Weselsky, dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), befinden sich Deutschlands Lokführer und Zugbegleiter im Arbeitskampf. Dieser Mann, den die BILD Zeitung »die größte Nervensäge Deutschlands« nennt,¹ wurde in den letzten Wochen für das Bahn- und Verkehrschaos sowie den Stau auf deutschen Straßen verantwortlich gemacht. Der Güterverkehr wurde von Mittwoch, dem 05.11, der Personenverkehr von Donnerstag, dem 06.11 an bestreikt. Der längste Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn. Die Abendnachrichten füllten sich mit Interviews von verärgerten Pendlern, wartenden Reisenden und besorgten Ökonomen. Neben den Schicksalen der Reisenden mache man sich Sorgen über die Auswirkungen des Streiks für die sowieso schon schwächelnde Konjunktur. Auch das noch.

Es kam anders

Über 90 Stunden Arbeitsniederlegung wurden angekündigt; tatsächlich fuhren am Abend des 08.11. erste Züge wieder regulär. Als die Züge noch stillstanden, flehte die Deutsche Bahn um Hilfe der Politik. Da keine Verhandlungslösung in Sicht schien, entschied das Arbeitsgericht in Frankfurt. Die GDL bekam auch in zweiter Instanz Recht: Der Streik war gesetzeskonform und damit zulässig. Da sollte man doch meinen, damit wäre alles geklärt. Weit gefehlt. Während die Regierung nun über neue Möglichkeiten zur Beschränkung der Macht sogenannter »Spartengewerkschaften« nachdenkt, lacht sich der Vorstand der Deutschen Bahn ins Fäustchen. Die kleine Gewerkschaft hat das wohl Unmögliche geschafft: Die Deutsche Bahn wirkt in diesem Konflikt sympathisch. Im Urteil der Öffentlichkeit ist die GDL schuld an dem Schicksal von Millionen Pendlern, die eine halbe Stunde früher aufstehen mussten, um rechtzeitig bei der Arbeit zu sein. An dem Leid von tausenden Fußballfans, die an jenem Wochenende wohl zu Hause oder in Kneipen die Spiele ihrer Mannschaften verfolgen mussten. Die Große Feier zum 25. Jubiläum der Einheit in Berlin drohte, ins Wasser zu fallen. Zum Glück kam alles anders. Ist das noch Arbeitskampf oder schon Terrorismus? Bei dieser unglaublichen Emotionalisierung geriet die Berichterstattung völlig aus dem Ruder; Springer erklärte Weselsky zum Staatsfeind Nr. 1 und veröffentlichte in Bild und Berliner Zeitung die Telefonnummer seines Büros.² Bei all dieser Hetze und Hektik verliert sich völlig der Fokus auf das Wesentliche, den Arbeitskampf der Lokomotivführer.

Worum geht es in diesem Tarifkonflikt?

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer vertritt die Interessen ihrer rund 34.000 Mitglieder, welche sich größtenteils aus Lokführern, aber auch zu einem geringen Teil aus Boardpersonal, sprich Kontrolleuren, Zugbegleitern

oder Rangierern, zusammensetzen. Für die Lokführer, welche laut aktuell geltendem Tarifvertrag bei der Deutschen Bahn mit 2.202 € Einstiegsgehalt Brutto entlohnt werden,³ fordert die GDL 5 Prozent mehr Lohn bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit. Diese auf den ersten Blick recht hohe Forderung relativiert sich, wenn man sich vor Augen führt, dass Lokführer häufig unter schweren Bedingungen arbeiten müssen. Sie übernehmen täglich die Verantwortung für hunderte von Reisenden, für Material und Güter im Wert von Millionen Euro. Doch ihr Umfeld dankt es ihnen nicht – oder haben Sie jemals geklatscht, als ein Zug den Zielbahnhof erreichte? Dieser peinliche Dankesritus chronischer Mallorcatouristen macht aber die Wertschätzung der Reisenden deutlich: Ein Flugzeug zu fliegen grenzt an Zauberei. Einen Zug zu fahren kann ja jeder, der fährt eh nur geradeaus. Lokführer arbeiten an Wochenenden, Feiertagen und wenn andere Leute Urlaub machen. Doch damit nicht genug – sie sind auch die Ersten, die den Zorn zu spüren bekommen, wenn ein Zug dann mal Verspätung hat. Ist es da zu viel verlangt, dass diese Leute für ihre Arbeit ordentlich bezahlt werden? Auch im europaweiten Vergleich schneiden deutsche Lokführer schlecht ab. Ihr Gehalt liegt deutlich unter dem ihrer europäischen Kollegen.⁴

Der Dreh- und Angelpunkt dieses Tarifkonflikts ist aber ein anderer: Die GDL will auch für den kleinen Teil der Zugbegleiter unter ihren Mitgliedern verhandeln. Der Großteil der bei der Deutschen Bahn beschäftigten Zugbegleiter ist aber in der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) organisiert. Die Deutsche Bahn will um jeden Preis verhindern, für eine Beschäftigungsgruppe zwei Tarifverträge abzuschließen. Aus einem klassischen Tarifkonflikt mit zwei Parteien wird so ein Dreikampf. Aus dem legitimen Anspruch der GDL, für ihre Mitglieder zu verhandeln – »das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.«⁵ –, wird zu einem Machtkampf einer Minderheit, die ihre Interessen über die der Mehrheit stellt, stilisiert. In diesem Wirrwarr von Kompetenzen und Forderungen, kann sich die Deutsche Bahn entspannt zurücklehnen und den Schwarzen Peter an die Gewerkschaften weiterreichen. Dabei war die Bahn sogar so erfolgreich, dass gleich mehrere Parteien darüber nachdenken, das Streikrecht einzuschränken. Steigerte die Deutsche Bahn in den letzten 10 Jahren ihren Gewinn um mehr als 15 Milliarden Euro, stagnierten die Gehälter der Beschäftigten.

Ganz normaler Arbeitskampf

In Deutschland wird so wenig gestreikt wie in kaum einem anderen europäischen Land. Man könnte glauben, die Leute hätten vergessen, wie es geht. Bei diesem Tarifkonflikt wird eines besonders deutlich: Wir haben vergessen,

wie Solidarität funktioniert. Nehmen wir Managergehälter und Boni ohne großen Aufschrei hin, brüskieren wir uns, wenn Lokführer oder Piloten streiken. Angefeuert von der Berichterstattung sämtlicher Medien, welche anscheinend vergessen haben, dass die Bevölkerung nicht nur Pendler oder Reisende, sondern in erster Linie auch Arbeitnehmer sind, vergessen wir, dass ein Streik zu besseren Bedingungen für alle Beschäftigten beiträgt. Claus Weselsky und seine Kollegen sind tragische Helden, deren Kampf an eine Tugend erinnert, die wir fast vergessen hätten.

Mit dem Ende des Streiks ebbte die große Welle der Empörung ab. Zwischenzeitlich haben Bahn, GDL und EVG verhandelt, wurden sich allerdings noch nicht einig. Blickt man nüchtern auf diesen Tarifkonflikt, ist es eben doch ein ganz normaler Arbeitskampf.

Am Schluss noch ein paar praktische Hinweise, sollte es in der Vorweihnachtszeit erneut zu Arbeitsniederlegungen kommen: Einfach locker bleiben. Im schlimmsten Fall kommt man etwas später ans Ziel, aber das ist bei der Deutschen Bahn ja eigentlich Normalität.

Fußnoten

- 1) <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/weselsky-claus/so-tickt-weselsky-38067002.bild.html>.
- 2) <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/weselsky-claus/der-groessen-bahnsinnige-38430494.bild.html>.
- 3) Lokführertarifvertrag Tarifgruppe LF7 (Stand: November 2013).
- 4) <http://sprechblase.files.wordpress.com/2007/11/euro-lok.jpg>.
- 5) Grundgesetz, Artikel 9, Absatz 3.

»Islamismus« — Eine Begriffsdefinition

Das Wort »Islamismus« ist in aller Munde. Es wird verwendet, um politische Parteien, streng gläubige Menschen und oft sogar gewaltbereite religiöse Fanatiker zu beschreiben. Doch was heißt überhaupt »Islamismus«? Und benutzen wir diesen Begriff nicht viel zu pauschal und ungenau?

Ein Artikel von Julius Lübbersmann

Der Begriff »Islamismus« geistert seit Jahren durch den deutschen Sprachgebrauch. Oftmals wird er in Verbindung mit fanatischen Gläubigen und Gewaltaktionen im Namen des Islam gesetzt. Immer wieder werden aber auch politische Parteien damit betitelt, beispielsweise die Muslimbrüder, die mit Mohammed Mursi sogar kurzzeitig den Präsidenten Ägyptens stellten. Vielleicht gerade diese vielfältige Verwendung des Begriffs macht eine Definition so schwer und führt dazu, dass er pauschalisierend und oft unpassend gebraucht wird, drückt er doch vage ein ungutes Gefühl gegenüber radikaler Religionsauffassung aus. Um differenziert denken und sprechen zu können, bedarf es einer Begriffsdefinition!

Der Weg zum Begriff

Der Begriff »Islam« bezeichnet die im 6. Jahrhundert entstandene Religion, die heute mit 1,6 Milliarden Gläubigen nach dem Christentum die zweitgrößte Religion der Welt ist.¹ »Islam« leitet sich vom Wort »aslama« her, was mit »übergeben« oder »sich hingeben« übersetzt wird. Es beschreibt also offensichtlich die Beziehung der Gläubigen zu ihrem Gott. Dieser sehr weit gefasste Begriff umfasst, ebenso wie der Begriff »Christentum«, alle Anhänger einer Religion, ohne auf bestimmte Glaubensausrichtungen zu achten. Diese verschiedenen Ausprägungen innerhalb des Islam werden mit weiteren, ebenfalls historisch gewachsenen Begriffen umschrieben. Zu nennen sind hier beispielsweise die »Sunniten« (hergeleitet von »Sunna«), die »Schiiten« (hergeleitet von »Schia«) oder die »Alewiten« (hergeleitet von »Anhänger Alis«).² Unabhängig von dieser Wortvielfalt, die dazu dient, verschiedenen Glaubensansätzen einen Namen zu geben, benötigen die Menschen auch Begriffe, welche die Beziehung einer Person zu ihrem Glauben oder ihrer Einstellung beschreiben. Dies gilt nicht nur für Religionen, sondern kann auch auf politische Positionen oder andere Ansichten übertragen werden.

Um eine radikale Auffassung einer bestimmten Position zu beschreiben, bedienen wir uns oft des Suffixes »-ismus«. Als Beispiele können hier »Extremismus«, »Sozialismus«, oder auch charakterliche Merkmale wie »Egoismus« oder »Fanatismus« genannt werden. Dieses Suffix gibt den Wörtern oft, aber nicht immer, eine negative Bedeutung.³ Dies gilt auch für das Wort, was im Mittelpunkt dieses Artikels steht: »Der Islamismus«.

Erste Überlegungen

Doch was genau ist »Islamismus«? Aufbauend auf dem zuvor erläuterten Umgang mit dem Suffix »-ismus«, würde dieser Begriff eine radikale Auslegung des Islam beschreiben. Gleichzeitig suggeriert das Wort durch seine Nachsilbe ebenfalls, dass es sich um eine negative Radikalität

handelt, wir sie also ablehnen. Betrachten wir die Wirkung, die »Islamismus« oder vergleichend dazu »streng gläubiger Moslem« auf uns haben, so wird deutlich, dass sich im ersten Begriff wesentlich mehr unbewusste Gefühle sammeln. Dies kann auch damit begründet werden, dass der Begriff »Islamismus« vage bleibt und er seine Bedeutung nicht klar zu erkennen gibt. Es bleibt also festzuhalten, dass die gesuchte Definition mehr leisten muss, also lediglich eine strenge Religionsausübung zu beschreiben.

Ein Wort — viele Bedeutungen

Auch die Forschung tut sich mit einer klaren Wortdefinition schwer. Eine beliebte Herangehensweise ist, gewisse Charakteristika zu sondieren, die unter diesen Begriff fallen, wobei die einzelnen, durch ihn beschriebenen Eigenschaften durchaus verschiedenen gesehen werden. Plausibel ist die Ansicht, dass »Islamismus« eine Gesellschaftsordnung beschreibt, deren Bezugspunkt in jeder Hinsicht der Islam ist. Dies gilt für das alltägliche Leben, also die Kleidung, den Tagesablauf, die Verhaltensweise der Menschen, aber auch für die Wirtschaft, die Kultur oder das politische System. Gleichzeitig hat der Islam, der im Zentrum jeglichen Handelns stehen soll, eine bestimmte Ausprägung. Es wird der Versuch unternommen, die Religion auf eine ursprüngliche Form zurückzuführen und zu reduzieren. Dies bedingt einen besonderen Fokus auf den Koran, der als unverfälscht angesehen wird. Später entstandene Traditionen und Auslegungen der Religion werden abgelehnt. Die Entstehung dieser Religionsauffassung wird oft durch die Krise des Osmanischen Reichs und dessen Auseinanderbrechen nach dem Ersten Weltkrieg erklärt. Der Zerfall des alten und ehemals sehr mächtigen Reichs ging einher mit der Entstehung neuer Staaten und eines entsprechend großen Chaos. Religion stellt in solchen Situationen oft einen Anker für die Menschen dar. Gleichzeitig wurde von Zeitgenossen nach Erklärungen für den Niedergang des Osmanischen Reichs gesucht und eine Begründung darin gefunden, dass die Religion falsch ausgelegt worden sei. Das Resultat war der oben beschriebene Versuch, sich auf eine ursprüngliche Form des Islam zu konzentrieren. Eine Folge daraus ist auch, dass die Scharia (das religiöse Gesetz) die Rechtsgrundlage im »Islamismus« ist.⁴

Ist »Islamismus« demokratiekonform?

Spätestens jetzt stellt sich die Frage, ob »Islamismus« auch eine bestimmte Regierungsform beschreibt und ob es ihn auch in Verbindung mit demokratischen Systemen geben kann. Dazu gibt es verschiedene Ansichten, auch innerhalb des Islam. Eine Position ist, dass im »Islamismus« Gott als Souverän auftrete, was im Widerspruch zur Demokratie stünde, in welcher der Bevölkerung diese Rolle zukäme. In

dieser Auffassung nehmen Religionsgelehrte eine herausragende Stellung ein, indem sie den angeblichen Willen Gottes erörtern und umsetzen. Es kann zwar zu Wahlen kommen, eine Opposition, die eine andere Staatsauffassung vertritt, kann jedoch nicht zugelassen werden.

Demgegenüber gibt es Meinungen, die den »Islamismus« als unabhängig von einer bestimmten Regierungsform und daher auch demokratiekonform betrachten, weil beispielsweise vom Volk kontrolliert werden könne, dass der Koran Bezugspunkt allen Lebens sei und korrupte Regierungen ihm nicht zuwider handeln würden.⁵ In diesem Zusammenhang sei auf die Vielzahl an islamischen Parteien verwiesen, die im Zuge des Arabischen Frühlings zu Wahlen antraten und auch Regierungsverantwortung übernahmen. Allerdings muss die Frage gestellt werden, ob es sich dabei um »Islamisten« handelte. Ein Beispiel ist die tunesische Ennahda-Partei (teils Nahda-Partei genannt), welche in der Öffentlichkeit teils als islamistisch, teils als islamisch betitelt wird. In Folge ihrer Wahlniederlage und des Wahlsieges säkularer Parteien Ende Oktober 2014 war zu beobachten, dass die Ennahda-Partei ohne öffentlichen Widerstand ihre Regierungsverantwortung abgab. Sie betonten sogar, dass Wahlniederlagen ein natürliches Phänomen funktionierender Demokratien seien.⁶ Unabhängig der inhaltlichen Ziele der Partei ist es also fragwürdig, ob sie tatsächlich als »islamistisch« bezeichnet werden kann, weil das zwangsläufig den Anspruch hervorbringen müsste, keine oppositionellen Kräfte zu akzeptieren. Die Position, dass in demokratischen Staatsformen die Gesellschaft die Umsetzung des islamischen Rechts überwachen könne, vergisst, dass eben dieses Recht unvereinbar mit bürgerlichen Grundrechten ist, wie wir sie heute in demokratischen Staaten kennen. Diese sind aber wiederum ein Grundpfeiler der Gewaltenteilung, ohne welche keine funktionierende Demokratie denkbar wäre. Wirklich demokratische Parteien können somit bis zu einem gewissen Maße radikal religiös sein, entsprechend der oben vorgestellten Begriffsmerkmale jedoch nicht »islamistisch«.

Der Begriff »Islamismus« ist zusammenfassend ein »Sammelbegriff«.⁷ Er beschreibt eine drastische Religionsauffassung, über deren genaue Merkmale rege diskutiert wird. Gerade die Tatsache aber, dass es keine klare und einheitliche Definition von Islamismus gibt, macht seine Benutzung derart gefährlich. So werden ungewollt beispielsweise eine demokratische tunesische Partei und Terroristen des sogenannten »IS« gleichgestellt. Das kann in niemandes Interesse sein. Um eine pauschale Islamophobie zu verhindern, ist es notwendig, klar getrennte Begriffe zu benutzen, wozu die Bezeichnung »Islamismus« eindeutig nicht zählt.

Fußnoten

- 1) Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Islam> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014] / <http://www.globalreligiousfutures.org/religions/muslims> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].
- 2) Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161254/islam> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014] / <http://de.wikipedia.org/wiki/Islam> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].
- 3) Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Suffix> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].
- 4) Eine sehr interessante Begriffsdefinition liefert die Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt?p=0> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014] / Eine abweichende Definition findet sich hier: <http://de.wikipedia.org/wiki/Islamismus> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].
- 5) Vgl. ebd.
- 6) <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tunesien-nidaa-tounes-gewinnt-parlaments-wahl-a-1000079.html> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].
- 7) <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt?p=0> [zuletzt abgerufen am 23.11.2014].

Kultur

Das Kulturressort feiert mit dieser Ausgabe seine Premiere. Der erste Artikel rechnet schonungslos mit der heutigen Popmusikbranche ab und ruft zu mehr Konzept und Inhalt auf.



Sehnsucht nach Morrisson

Sündhaft teures Marketing, spektakulärste Bühnenshows – für das Gelingen der Selbstinszenierung wird in der Popmaschinerie so viel Geld ausgegeben, wie kaum zuvor. Doch steckt unter allem Plastik auch Substanz? Wie steht es um die Kunst in der Musik heute? Eine Auseinandersetzung mit der spät-popmusikalischen Dekadenz.

Ein Artikel von Janosch Siepen

Es ist kühl an diesem Tag im Dezember '71. In Camden Town im Nordwesten Londons sitzen vier junge Männer an einem Küchentisch und blicken gedankenverloren drein. Die Männer sind Musiker, sie wollen ein neues Album machen. Es soll anders sein, als die vorigen der Band. Zeitgemäßer, realitätsnäher, innovativer, tiefer. Einen der vier treibt eine Frage herum: Was ist die dunkle Seite des Menschseins? Wie sieht sie aus? Welchen Einfluss hat die Gesellschaft darauf? Das Werk soll sich eben mit diesen Fragen beschäftigen, sie beleuchten. Es soll »Ausdruck eines politischen, philosophischen und menschlichen Mitgefühls«¹ sein, wie er später sagen wird. Der Mann heißt George Roger Waters und bildet mit den drei anderen die britische Band »Pink Floyd«. Das Album, von dem die Rede ist, wird sich mehr als 50 Millionen Mal verkaufen, 14 Jahre in den Billboard-Charts bleiben und eines der erfolgreichsten Alben aller Zeiten werden.² Es wird neue Maßstäbe setzen in Klang, Produktion und Kreativität. Der Name stammt von Mark Twain: »The Dark Side Of The Moon«.

Vom Wunderkind zum Sorgenkind

Es gehört einer Gattung an, die mittlerweile vom Aussterben bedroht ist: dem Konzeptalbum. Ein Album also, dass sich mit einem Thema intensiv auseinandersetzt, Fragen stellt und sie jeden Hörer individuell für sich beantworten lässt. Ein Album, das nicht als eine Aneinanderreihung von einzelnen Titeln, sondern als in sich geschlossenes Gesamtwerk verstanden werden kann. Seine Geschichte ist tragisch, sein Niedergang latent.

Geboren wurde es nach einem Liebesakt zwischen Klassik und Literatur und getauft auf den Namen »Oper«. Ein prächtiger Knabe, ein Wunderkind. Wie in der Literatur stand von da an auch in der Musik die inhaltliche Konzeption im Mittelpunkt. Bei der Klassik wohnte es dann einige Jahrzehnte, bis es in der Mitte des 20. Jahrhunderts das Elternhaus verließ, hinaus ging in die Welt der Genres und in der Rockmusik Zuflucht fand. Dort erlebte das Konzeptalbum seine Hochkonjunktur, im Progressive Rock der 60er und 70er Jahre. Es stand in den Charts, verkaufte sich millionenfach, war in der Popmusik angekommen.

Was ist nur aus ihm geworden?

Heute führt es ein kümmerliches Dasein. Es ist zu einem Sorgenkind geworden, um das sich aber kaum noch jemand sorgt. Nach ein paar Lichtblicken wie »The Downward Spiral« von Nine Inch Nails oder Green Days »American Idiot«, das wohl erfolgreichste der jüngeren Zeit, ist das Konzeptalbum mittlerweile vollkommen aus der Popmusik verbannt und in den Metal geflohen. Dort erfreut es sich zwar großer Beliebtheit, leidet aber unter dem Umstand, dass seine Aussagen oftmals akustisch schwer verständlich sind – was bei Growl, Scream und Pig Squeal in der Natur dieser Musikrichtung

liegt.

Kunst bedeutet Auseinandersetzung

Der Pop braucht nicht zwingend Konzeptalben, doch ist deren Niedergang symbolisch für die Kultur der Popmusik an sich: es zeigt sich das Phänomen der spät-popmusikalischen Dekadenz, das Verschwinden des Kunstanspruchs im Pop. Eine Entwicklung, die einhergeht mit dem unstillbaren Kommerzdrang der Musikbranche und der Symptomatik einer ganzen Generation. Denn was ist erfolgreiche Popmusik, wenn nicht das Abbild einer Generation, die sie konsumiert?

Doch eins nach dem anderen. Wenn man allgemein von Kunst spricht, begibt man sich auf dünnes Eis, denn kein Begriff ist so mehrdeutig und schwer greifbar, wie der der Kunst. Was ist also Kunst? Gräbt man tief in der Herkunftsgeschichte des Begriffs, stößt man auf seine ursprüngliche Bedeutung. Diese assoziiert nicht nur »Fertigkeit«, »Geschicklichkeit« und »Können«, sondern auch »Wissen, Weisheit, Kenntnis«.³ Das zeigt, worin der eigentliche Anspruch von Kunst besteht. Weniger darin, eine Fähigkeit bis zur makellosen Virtuosität zu beherrschen, sondern vielmehr im Erkenntnisgewinn: Kunst ist »schöpferisches Gestalten aus den verschiedensten Materialien oder mit den Mitteln der Sprache, der Töne in Auseinandersetzung mit Natur und Welt«.⁴ Das ist es, was Musiker und Bands wie Pink Floyd in ihren Konzeptalben taten. Durch eine solche Form von Kunst entsteht individuelle Erkenntnis für jene, die sich mit der Kunst auseinandersetzen – die Auseinandersetzung mit der Auseinandersetzung.

Kunst muss man denken!

Kunst kann also anscheinend eine Aufgaben erfüllen. Sie hat so viele Möglichkeiten, dient nicht nur der Unterhaltung. Eine Kategorisierung nach Aufgaben ist möglich, wenn man zwischen verschiedenen Künstlertypen unterscheidet: politische Künstler wie John Lennon, Woody Guthrie, Pete Seeger oder Bob Dylan wollen zum Denken anregen, Kritik üben, dem Hörer die eigene Mündigkeit bewusst machen, sie sind Jünger der Aufklärung.

Dann gibt es jene wie Jimi Hendrix oder Charlie Parker, deren Musik für sich steht, die in ihrer Musik Fragen beantworten, die sie selbst aufwerfen. Sie sind autarke Meister an ihrem Instrument, die nachhaltig andere Instrumentalisten beeinflussen.

Künstlerisch-konzeptionelle Musiker nehmen den Konsumenten auf eine Reise zur intellektuellen Auseinandersetzung mit einem Thema mit. Sie machen und spielen nicht nur ihre Musik, sondern denken sie auch. Dabei ist der Weg das Ziel, das Ziel die Reise. Solche Kunst kann viel vermitteln, oft weit mehr als jede Dissertation. Sie kann lehren und

erziehen, das zeigten schon Klassiker wie Goethe und Schiller. Später schuf ein Richard Wagner mit Gesamtkunstwerken wie seinem Parsifal etwas, das seiner Idealvorstellung von Kunst Ausdruck verlieh. Das nicht nur Selbstzweck war, sondern in seiner Gesamtheit erziehen, reformieren und erlösen wollte, von Niedergang und Übel. Sein Gesamtwerk hatte einen so enormen Einfluss, dass sich auch große Denker wie Nietzsche und Thomas Mann damit beschäftigten. Wagner befasste sich mit der zunehmenden Dekadenz in Gesellschaft und Kunst: nach Wagner »komme der Kunst durch zunehmendes Angebot kein höherer Stellenwert bei, werde keinesfalls ein höherer Kunstverstand des Publikums erzeugt und werde nicht im Geringsten eine Lebensform nach den ästhetischen Maßstäben des ›Wahren‹, ›Schönen‹ und ›Guten‹ erreicht, sondern in einer auf das Amüsement und den bloßen Konsum der Kunstware ausgerichteten Gesellschaft ein Verfallsprozess eingeleitet und befördert [...]«⁵. Dieser Verfall hat das heutige Kunstverständnis in der Musik bis zur Unkenntlichkeit entstellt, es ihrer Ausdrucksfähigkeit beraubt, es verkümmern lassen.

Populär kann jeder

Den ›bloßen Konsum‹ – die gefährliche Pandora für Kunst und Gesellschaft, wenn man es im Sinne Wagners formulieren will – hat es in Form von Unterhaltungsmusik schon immer gegeben. Sei es der Bigband-Jazz der 20er und 30er Jahre oder der Disco der 70er. Das ist nicht verwerflich, denn Populärmusik lebt eben von Unterhaltung. Sie darf jedoch nicht mir ihr gleichgesetzt werden. Der scharfsinnige Leser möge sagen: »In der Popmusik ist nun einmal kein Platz für Kunstanspruch, das ist im Pop halt so. In anderen Genres ist das anders!« Dabei unterläuft ihm aber ein grundlegender Fehler: Popmusik ist nicht immun gegen Kunstanspruch, weil sie kein Genre ist. Sie grenzt sich nicht von anderen Musikrichtungen durch musikalische Unterscheidungsmerkmale ab, sondern durch einen Indikator, die Massentauglichkeit. Daher kann Musik jeden Genres zu Popmusik werden, somit also auch der Kunstanspruch in den Pop hineingetragen werden. Das Verhältnis von Massentauglichkeit und Kunst ist ein wechselseitiges: während Massentauglichkeit Kunst braucht, um an Tiefe und Bedeutung zu gewinnen, braucht Kunst eine gewisse Massentauglichkeit, ein gewisses Publikum, sonst erfährt sie keine Rezeption und versinkt in der Bedeutungslosigkeit. Der Kunstanspruch hat es aber naturgemäß schwer, in die Massentauglichkeit zu gelangen.

Von Bewusstseinsweiterung und Zombies

Dass dieser Spagat zwischen Massentauglichkeit und Kunstanspruch dennoch möglich ist, hat die Musikgeschichte bestätigt: Theoretische Überbauten wie die eines Wagners gab es auch im Pop. Ihr berühmtester Vertreter hat seine Zeit wie kaum jemand Anderes artikuliert. Jim Morrison, der mal introvertierte, mal exzentrische Frontmann der Doors, stets von einer mystischen Aura umgeben. Er ist ein großes Beispiel der aussterbenden Gattung der künstlerisch-konzeptionellen Musiker, die es heute nicht mehr zu geben scheint. Wie Wagner, der nicht nur Komponist, sondern auch Dramatiker, Dichter und Theaterregisseur war, ist auch Mor-

rison die Versinnbildlichung des Universalkünstlers. Er war Sänger, Songwriter, Lyriker und Filmemacher, intellektuell, beeinflusst von Nietzsche und Anderen – der Wagner des Pop in den 60er Jahren. Wie Wagner vereinte er alles zu einem Gesamtwerk – er wurde selbst zum Kunstwerk, das »die Fantasien, Visionen, Ängste und die Selbstdestruktivität der Generation«⁶ auslebte. Sein Mythos lebt von dem Rausch, dem Exzess, der Selbstzerstörung und der dunklen Erotik, die ihn umwob. Er verstand sich als Schamane, als Mittler zwischen Welten, gleichzeitig aber war die Intention und Wirkung seiner Kunst ganz irdisch: wichtig war ihm »alles, was Leute zum Denken«⁷ bringt. Ihm ging es darum, sein Publikum nicht als passive Konsumenten unbeteiligt an seiner Konzeption lassen, sondern es zu erziehen. Er wollte der Masse helfen, »die Kontrolle über das eigene Leben so weit wie möglich zurückzugewinnen«⁸, »die Menschen aus den Zwängen zu befreien, innerhalb derer sie sich sehen und fühlen«⁹ und seinen Zuhörern damit zu einem neuen freien Bewusstsein verhelfen. Er war die Inkarnation eines Aufschreis gegen alle Einschränkungen der Freiheit. Damit bot er der Generation, die er verkörperte, Projektionsfläche.¹⁰

Morrison galt als Stimme seiner Generation. Wenn man die Stimme der heutigen Generation sucht, muss man erst einmal erörtern, was diese Generation eigentlich ist. Doch es muss erst einmal klargestellt werden: wenn man von der Charakterisierung einer Generation spricht, ist nie eine Pauschalisierung gemeint, sondern kultur- und sozialhistorische Tendenzen. Die heutige Generation also wird gemein als ›Generation Y‹ beschrieben. Deren Angehörigen unterscheiden sich enorm von den 68ern, wie Morrison einer war.

Obwohl die Welt von Konfliktherden erschüttert wird – vielleicht mehr denn je – gehen sie nicht mehr auf die Straße. Die ›Generation Yler‹ interessieren sich nicht, protestieren nicht, sind leichtlebig, hedonistisch, unentschlossen, zahnlos, inhaltslos, willenlos. Sie sind individualistische Zombies¹¹, deren Richtungslosigkeit sich auch in ihrer Musik widerspiegelt. Sie sind mitteilungsbedürftig, aber statt tiefer Reflexion tropft nur verbaler Sabber und Belanglosigkeit aus ihren Mündern.

»FVCKB!TCHE\$GETMONEY«

Wer ist also das Sprachrohr dieser Generation?

›Der Spiegel‹ sieht in Cro eines jener Sprachrohre, sodass er ihm gleich einen mehrseitigen Artikel widmete. Man fragt ihn, wieso er nicht Politik und Protest in seinen Songs thematisiere? Cro: »Das interessiert die Menschen nicht. Ich schreibe über einfache Sachen. Alle Trottel, die versuchen, etwas Komplexes im Pop zu machen, fallen auf die Schnauze.«¹² Diese bezeichnende Aussage gilt vielleicht für heute, nicht jedoch für früher, was Künstler wie Morrison gezeigt haben.

Wieso hat Komplexes früher funktioniert, aber nicht mehr heute?

Es hängt von den Konsumenten ab. Ob etwas Komplexes Erfolg hat oder nicht, richtet sich danach, ob es der Konsument annimmt. Das ist heute kaum noch der Fall. Der Charakter der Popbranche ist der Spiegel der konsumierenden Generation. Polemisch ausgedrückt: während Ende der 60er

genrebegründende Alben wie ›The Piper At The Gates Of Dawn‹ oder ›In The Court Of The Crimson King‹ oben in den Charts standen, finden sich heutzutage Alben wieder wie das des deutschen Rappers Shindy mit dem einprägsamen Titel: ›FVCKB!TCHES\$GETMONEY‹.

Die Branche ist obszön, pervertiert, laut: Miley Cyrus und Rihanna kompensieren fehlenden Inhalt mit nackter Haut, Twerk¹³ und Marihuana-Fotos¹⁴ auf Twitter. Jedes Bild ist wohlüberlegt, jeder Skandal PR-Kalkül. Trotz solcher oberflächlichen, bunten Marken, die die Branche erschaffen hat, ist sie eintönig. Sie ist eine Diktatur von Erfolg und Geld. Form steht über Inhalt, Künstliches über Kunst. Die Branche schaltet sich selbst gleich, was Samy Deluxe treffend in seinem Song ›Zurück zu Wir‹ beschreibt:

»Eindimensionale Welt, alles Fassade
Kein Punkrock mehr, alles Ballade
Klingt schön, aber schade
Mainstream, Subkultur'n,
Formatgerechter Einheitsbrei,
Ich hab' keine Zeit für den gleichen Scheiß,
Gib mir was neues, zeig mir jemand', der sich etwas
traut,
Sag es extra laut, was auch immer ich denk', ich sprech'
es aus,
Was auch immer mir passiert, ich mach das Beste draus,
Alle angepasst, alles zensiert,
Alles, was funktioniert, wird kopiert.
Jeder, der was neues kreiert, wird ignoriert
Bis es auch funktioniert, und dann wird's kopiert.«¹⁵

Diese Branchenkritik ist nicht neu. Schon in den 60er und 70er Jahren übten Musiker solche Kritik: Roger Waters tat dies in Songs wie ›Welcome To The Machine‹ und ›Have A Cigar‹. Einflussreiche Bands wie ›King Crimson‹ gingen so weit, dass sie sich schlichtweg einfach auflösten, wenn der Erfolg zu groß wurde, um unabhängig zu bleiben. Robert Fripp, einer ihrer Mitglieder sagte in diesem Kontext: »Schlimmer als eine Plattenfirma, die sich nicht um ihre Musiker kümmert, ist eine, die sich um sie kümmert.«¹⁶

Das Paradoxon des ›Debut de Siècle‹

Wenn es also diese Kritik schon früher gegeben hat, was ist dann heute anders?

Es ist nicht nur der Charakter der Generation Y, sondern auch eine sich durch die Musikwelt des Pop ziehende Lethargie. Während Wagner und Nietzsche sich im Kontext des ›fin de siècle‹¹⁷ und dessen Symptome befanden, stehen wir im ›debut de siècle‹¹⁸, einer Zeit der populärmusikalischen Dekadenz und Orientierungslosigkeit. Man ist in einem Schwebezustand der Langeweile und Ohnmacht – was paradox ist, denn es gibt durch moderne elektronische Klangerzeugung nie dagewesene Möglichkeiten. Und darin liegt vermutlich genau das Problem: Die Überwältigung dieser schier endlosen Möglichkeiten spiegelt sich nicht nur in der Richtungslosigkeit der Generation Y, sondern auch in deren Musik wieder.

Dieses Symptom gab es schon einmal: Im Glam oder Glit-

ter Rock zu Beginn der 70er Jahre, »wo eine um sich greifende allgemeine musikalische Richtungslosigkeit auch dazu führte, dass bei einigen Gruppen Auftritte, Kleidung und Show weit wichtiger wurden als die Musik selbst. Sensationsheischende Kostümierungen, Transvestiten-Look, Make-Up, obskure Bühnenshows mit immensem Aufwand versuchten zu ersetzen, was die Musik an Attraktivität und Originalität nicht mehr lieferte.«¹⁹ Das kommt einem heute bekannt vor. Im Unterschied zu heute gab es jedoch früher neben dem Glam Rock noch anspruchsvolle Musik im Pop.

Wagner wäre stolz auf Skrillex

Wagner oder Morrison waren Musiker mit tiefer Intention, einer Mehrdeutigkeit und Mystik, die ihre Werke umgab und genossen gleichzeitig Popularität und Rezeption. Solche gibt es heute nicht mehr.

Doch es gibt Hoffnung! Private Musikproduktion ist so einfach und kostengünstig wie nie zuvor. Einige junge Künstler mit kreativen Ideen

streben nach vorn und finden durch die Möglichkeiten, die ›Soundcloud‹²⁰ und Co. ihnen bieten, ein Publikum. Das Internet erlaubt auch Underdogs Erfolgskarrieren. So werden auch Subkulturen an die breite Masse getragen.

Das aktuellste Beispiel ist der Dubstep, diese völlige Atonalität auf die Spitze getrieben. Skrillex ist der berühmteste Vertreter dieses noch jungen Genres. Er ist Vollender Wagners, der durch seine Werke Ende des 19. Jahrhunderts die Romantik erneuerte und Wegbereiter der ›Modernen Musik‹ war. Eine Musik, die von Komponisten wie Arnold Schönberg und Karlheinz Stockhausen fortgeführt wurde und in Skrillex ihre exzessive Ekstase fand. Skrillex, einer, der Geräuschcollagen frei von gewohnter, romantisch-harmonischer Tonalität einer breiten Masse zugänglich macht? Wagner wäre sichtlich stolz auf ihn. Dubstep hat zwar weder Tiefgang noch hat Skrillex eine werkumfassende Kunstkonzeption – Dubstep bleibt popkultureller Lärm. Dennoch zeigt er, dass die Masse durchaus durstig ist nach etwas Neuem, weitab von glattgebügelt Konsumprodukten. Jetzt braucht es nur noch Künstler, die dieses Bedürfnis befriedigen.

Wo sind die Grenzgänger, die Rebellen, die Universal-künstler, die Revoluzzer? Zeigt euch!

Fußnoten

- 1) <http://www.spiegel.de/einestages/pink-floyd-und-the-dark-side-of-the-moon-a-951078.html>.
- 2) Ebd.
- 3) Duden. Das Herkunftswörterbuch, 2. Auflage, Mannheim, Wien, Zürich 1989, S. 394.
- 4) <http://www.duden.de/rechtschreibung/Kunst>.
- 5) Friedrich, Sven, Richard Wagner. Deutung und Wirkung, Würzburg 2004, S. 25.
- 6) http://de.wikipedia.org/wiki/Jim_Morrison.
- 7) Hopkins, Jerry, Jim Morrison. Der König der Eidechsen, Schirmer/Mosel, München 1993, S.239.
- 8) Collmer, Thomas, Pfeile gegen die Sonne. Der Dichter Jim Morrison und seine Vorbilder, Maro, Augsburg 2009, S.117.

- 9) Morrison, Jim, Wilderness. The Lost Writings of Jim Morrison, Penguin, London 1988, S.2.
- 10) http://de.wikipedia.org/wiki/Jim_Morrison#K.C3.BCnstlerisches_Werk_und_Wirkung.
- 11) <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article132237544/Die-Jugendlichen-von-heute-wirken-wie-Zombies.html>.
- 12) Rapp, T., Allerneueste deutsche Welle, in Spiegel vom 28.07.2014.
- 13) <http://www.spiegel.de/kultur/tv/mtv-video-music-awards-die-auftritte-von-cyrus-gaga-und-timberlake-a-918526.html>.
- 14) <http://www.spiegel.de/panorama/leute/welt-marihuana-tag-rihanna-und-die-grinsetorte-a-895641.html>.
- 15) Samy Deluxe: »Zurück zu Wir« feat. Max Herre aus dem Album »SchwarzWeiss«
- 16) http://de.wikipedia.org/wiki/King_Crimson.
- 17) »Fin de siècle«, frz. für »Ende des Jahrhunderts«: (künstlerische) Bewegung um 1900, die kulturellen Verfall beklagte und sich mit diesem befasste. Berühmte Vertreter sind u.a. Friedrich Nietzsche und Thomas Mann.
- 18) Analog zum fin de siècle: Symptom des Kulturverfalls zu Beginn des Jahrhunderts.
- 19) Ziegenrucker, Wieland; Wicke, Peter (Hrsg.), Sachlexikon Populärmusik. Leipzig 1987, S.157.
- 20) Online-Plattform zum Austausch und Verbreitung von Musik, ähnlich wie MySpace.

Politik

Das Beste kommt zum Schluss. Unter diesem Motto beinhaltet das Politikressort in dieser Ausgabe thematisch sehr unterschiedliche Artikel. Auf eine Analyse des Staatspräsidenten Venezuelas folgt eine Untersuchung des Konfliktpotentials der Arktis, bevor die Zeitschrift mit einem Blick auf die politische Forderung nach Steuersenkungen endet.



Maduro hat einen Vogel

Vor eineinhalb Jahren wurde Nicolás Maduro zum neuen Präsidenten Venezuelas gewählt. Seitdem ist das Land gespalten. Mit repressiven Methoden versucht die Regierung, die angespannte Stimmung in den Griff zu bekommen. Auch, wenn die Regierung es anders sehen mag: Die Krise ist hausgemacht.

Ein Artikel von Tim Niendorf

Für die Anhänger des venezolanischen Sozialismus war es ein schwerer Schlag. Am 5. März des vergangenen Jahres verstarb Hugo Chávez, der von 1999 bis 2013 die Geschicke des Landes leitete. Von da an begann keine leichte Zeit für seinen Parteifreund und gewählten Nachfolger Nicolás Maduro. Konnte Chávez noch aufgrund seines Charisma stets eine klare Mehrheit hinter sich vereinen, gelingt dies dem neuen Präsidenten bisher nicht. Dies zeigt schon der äußerst knappe Wahlerfolg gegen Herausforderer Henrique Capriles. 50,78 zu 48,95 Prozent – Die „revolutionäre Regierung“ konnte sich gerade eben noch an der Macht halten. Das freute die Sozialisten. Doch fest steht: Das Land ist tief gespalten. Auf der einen Seite gibt es die Anhänger des Chavismus, – so die Bezeichnung des politischen Regierungsstils – auf der anderen die Unzufriedenen, die Kritischen.

Besuch aus dem Jenseits

Zweifel scheinen auf mehreren Ebenen berechtigt. Schon allein dann, wenn eine starke Personenfixierung betrieben wird. 14 Jahre Chávez – eine Zeit ohne den comandante schien bis vor kurzem kaum vorstellbar. Nicht nur wegen dieser langen Zeit, sondern auch, weil die gesamte Politik sowie die politische Idee auf ihn zugeschnitten waren. Venezuela war Chávez. Klar, dass der Herrschaftsanspruch des neuen Präsidenten daher auch emotional begründet werden muss. Maduro versuchte jedenfalls die Empathie der Menschen zu wecken, in dem er ihnen von einer spirituellen Begegnung erzählte. Vor einer Kapelle, in der er beten und Unterstützung für den Wahlkampf suchen wollte, sei ihm ein kleines Vöglein begegnet. Die Reinkarnation Chávez', der ihn für die anstehenden Aufgaben segnete und Zuspruch schenkte.¹ Der comandante als Spiritus Rector, Maduro als natürlicher Erbe der sozialistischen Revolution? Gesteigerter Pathos funktioniert.

Zumindest bei einem Großteil der Bevölkerung. Nicht nur wegen des populistischen Stils – bei Chávez in Perfektion betrieben – sondern auch wegen handfester Ergebnisse. Denn der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« lieferte Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Laut einer Statistik der Weltbank lebten um die Jahrtausendwende zirka zwei Drittel der Bevölkerung in Armut, 2012 nur noch ein Viertel.² Es ist nur verständlich, dass Chávez deshalb so häufig wiedergewählt wurde. Doch die Zeit der guten Zahlen scheint vorbei. Laut staatseigenen Angaben sei der Anteil der armen Bevölkerung im abgelaufenen Jahr wieder um eine dreiviertel Million angestiegen.³ Für den neuen Präsidenten kommt diese Erkenntnis natürlich zu einem ungünstigen Zeitpunkt und verhindert, dass seine Popularität an die von Chávez heranreicht.

Kritik von allen Seiten

Hinzu kommt die große Inflation, Korruption (kein Unikum in Lateinamerika) und die unglaublich hohe Kriminalitätsrate vor allem bei Kapitalverbrechen. Obwohl Kritik am System – sowohl von außen als auch von innen – nicht erwünscht ist, reißt diese nicht ab. Der peruanische Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa ist beispielsweise ein scharfer Kritiker des Chavismus. In einem Interview mit Noticias Univisión⁴ lässt er kein gutes Haar am aktuellen Präsidenten: »Maduro ist ein Diktator, weil er immer repressiver gegen die Opposition vorgeht, weil die Räume für Kritik geschlossen wurden. Das Fernsehen ist heute praktisch vollständig unter der Kontrolle der Regierung.« Zudem sei es unbegreiflich, wie ein so reiches Land die höchste Inflation der Welt haben könne und dass es nirgendwo auf der Welt so viel Gewalt gebe, wie in Venezuela. »Aus wirtschaftlicher Sicht ist es ein totaler Reinfall«.

Auch Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy äußerte sich jüngst zur angespannten Situation in Venezuela. Nach einem Gespräch mit Lilian Tintori, Ehefrau des gefangengenommenen Oppositionspolitikers Leopoldo López, gab er seinen Unmut über Maduros Handeln preis. Seine Presseabteilung teilte mit: »[Rajoy] hat die Besorgnis der EU wegen des Urteils von Leopoldo López, so wie die Notwendigkeit der freien Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts wiederholt.«⁵ Auf solche kritischen Bemerkungen reagiert Maduro dünnhäutig. Derweil lässt er die nun angespannten Beziehungen mit Spanien auf den Prüfstand stellen. Und er schießt zurück: »Rajoy glaubt, er sei noch König und Herrscher über Amerika und dass wir ihm gehorchen müssten.«⁶

Und immer sind es die anderen

Natürlich sollte man sich als Außenstehender aus den Angelegenheiten eines souveränen Staates heraushalten, so lange eine Bevölkerung frei über ihre Politik entscheiden kann. Natürlich gefällt es nicht jedem, wenn sich eine Regierung dem Sozialismus verschreibt, so wie einst im Falle Chiles unter Salvador Allende, als die USA die Regierung destabilisierte. Der politische Kurs eines anderen Staates muss zumindest respektiert werden. Anders verhält es sich aber, wenn die Rechte der Bürger missachtet oder gar mit Füßen getreten werden. Denn dann muss die Weltgemeinschaft die Augen öffnen, darf nicht wegsehen und muss die Stimme erheben.

Für Maduro, wie auch zuvor für Chávez, sind alle kritischen Stimmen vom Ausland gelenkt. Er glaubt an die steti- ge Bedrohung einer faschistischen Revolution und an die Infiltrierung aus dem Ausland. Studenten und Oppositionelle, die gegen die Regierung protestiert hatten, sitzen im Gefängnis.⁷ Auch um die Pressefreiheit ist es schlecht bestellt. »Besonders in Zeiten politischer Spannungen sind Journa-

listen und Blogger Bedrohungen und Hetzkampagnen unterschiedlicher Lager ausgesetzt.«⁸, so Reporter ohne Grenzen. Durch das Fehlen kritischer Presse und die Unterdrückung der Opposition sichert sich die Regierungspartei ihre Macht.

Bei der nächsten Wahl könnte es aber dennoch zu einem Regierungswechsel kommen. Dann nämlich, wenn nicht nur die Ober- und Mittelschicht, sondern auch die arme Bevölkerung die Folgen des Wirtschaftskurses zu spüren bekommt. Zudem kriegt die Regierung die Gewalt nicht in den Griff. Pro 100.00 Einwohner sterben 73 Personen jährlich durch Mord. Allein im Jahr 2012 kamen nach Schätzungen zufolge 22.000 Venezolaner gewaltsam ums Leben.⁹ Zweiundzwanzig Tausend! Anstatt sich immer nur hinter Ausflüchten zu verstecken und politische Gegner mundtot zu machen, sollte Maduro lieber vor seiner eigenen Tür kehren. Denn dort hat sich ein großer Haufen an Problemen angesammelt.

Fußnoten

- 1) <https://www.youtube.com/watch?v=-cAw3muUi0Q>.
- 2) <http://data.worldbank.org/country/venezuela-rb>.
- 3) <http://www.dw.de/venezuela-in-armut-vereint/a-17680356>.
- 4) <https://www.youtube.com/watch?v=Y9DVLBe1J4>.
- 5) http://politica.elpais.com/politica/2014/10/22/actualidad/1413980410_591728.html.
- 6) <http://www.dw.de/venezuela-llama-a-consultas-a-su-em-bajador-en-espana/a-18026565>.
- 7) <http://www.dw.de/maduro-bringt-seine-kritiker-zum-schweigen/a-17854724>.
- 8) <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/venezuela/>.
- 9) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hohe-mordrate-venezuela-leidet-unter-kriminalitaet-a-932945.html>.

Wirtschaftsfaktor Arktis — Wie wahrscheinlich ist ein bewaffneter Konflikt?

Das Eis in der Arktis schmilzt. Während sich Umweltschützer Sorgen um mögliche Folgeschäden machen, stehen die großen Wirtschaftsnationen bereits Schlange. Doch wo viel zu holen ist, wird meist mit harten Bandagen gekämpft. Besteht die Gefahr eines bewaffneten Konflikts um die Arktis?

Ein Artikel von Joshua Bung

Weiße, unendliche Schneewüsten, schwimmende Eiskolosse und Temperaturen von bis zu minus 35 Grad Celsius – das war das über Generationen gängige Bild der Arktis – bis heute. Denn die globale Erderwärmung macht auch vor dem nördlichsten Punkt der Erde keinen Halt. Die Temperaturen steigen, das Eis schmilzt, der WWF (World Wide Fund For Nature) geht sogar davon aus, dass die Arktis bis zum Jahr 2050 komplett eisfrei sein könnte.¹

Bei dieser kaum noch zu übersehenden und höchst besorgniserregenden Entwicklung am Nordpol handelt es sich um einen von Menschen hervorgerufenen Prozess. Umso zynischer wirkt die gleichgültige Haltung und Selbstverständlichkeit, mit der nun einige Vertreter der Spezies Homo Sapiens nicht etwa Gegenmaßnahmen ergreifen, um die laufende Entwicklung aufzuhalten, sondern, ganz im Gegenteil, bereits damit beschäftigt sind, mögliche Vorteile für die eigenen Interessen auszuloten.

Politische Konstellation am Nordpolarmeer

Solange noch eine dicke und scheinbar unüberwindbare Eisschicht das Nordpolarmeer bedeckte, war die Region aus wirtschaftlicher Sicht unbrauchbar. Aufgrund der globalen Erderwärmung hat sich dieser Zustand nun geändert. Begehrlichkeiten werden geweckt. Und erfahrungsgemäß wartet der Mensch nicht lange, um seine Interessen, etwa in Form von Gebietsansprüchen, durchzusetzen. Was die Arktis angeht, stellt sich die Situation folgendermaßen dar. Es gibt fünf Anrainerstaaten: Russland, Kanada, Norwegen sowie die USA (mit Alaska) und Dänemark (mit Grönland). Jeder dieser Staaten hat nach dem Seerechtsübereinkommen² (SRÜ) der Vereinten Nationen, das am 10. Dezember 1982 in Montego Bay in Jamaika beschlossen wurde, das Recht auf die wirtschaftliche Nutzung einer Wasserfläche von bis zu 200 Seemeilen (etwa 370 Kilometer) ausgehend von der eigenen Meeresküste. Damit wurden – so scheint es zumindest auf den ersten Blick – klare Verhältnisse geschaffen. Wenn da nicht Artikel 76 des SRÜ wäre! Dieser besagt, dass Anrainerstaaten ihre Wasserfläche in den ersten zehn Jahren nach Ratifizierung des Seerechtsübereinkommens auf bis zu 350 Seemeilen erweitern können, sofern sie in der Lage sind, wissenschaftlich zu belegen, dass ihr eigener Festlandsockel über die festgelegte 200-Seemeilen-Grenze hinausreicht. Russland, Kanada, Norwegen und Dänemark haben ihre Anträge gestellt. Bislang gibt es keine endgültige Entscheidung. Stattdessen bleiben viele offene Fragen. Hinzu kommt, dass die USA das Seerechtsübereinkommen bis heute nicht unterzeichnet und anerkannt haben. Unklare Gebietsansprüche und fehlende Richtlinien – eine Ausgangssituation, die nichts Gutes verspricht, zumal es um viel geht.

Ressourcenreichtum in der Arktis

Was macht die Region um den Nordpol für ihre Anrainer so attraktiv? Grundsätzlich sind zwei große Interessensfelder erkennbar. Zum einen das vermeintlich hohe Vorkommen von Öl- und Gasressourcen sowie Seltener Erden und Edelmetallen, zum anderen die durch die Eisschmelze frei werdenden See- und Handelswege.

Nach Schätzungen einer breit angelegten Studie der US-Bundesbehörde Geological Survey befinden sich etwa 30 Prozent der weltweit noch unentdeckten Erdgasvorkommen in der Arktis.³ Darüber hinaus sollen vor allem im nördlichen Alaska große Mengen Erdöl vorhanden sein. Die meisten Rohstoffe der Nordpolregion liegen küstennah, weshalb sie aufgrund des Seerechtsübereinkommens bereits den jeweiligen Anrainerstaaten zugeordnet sind. Nichtsdestotrotz haben alle Anrainer bis auf die USA einen Antrag auf Erweiterung ihres Gebietes gestellt. Russland und Kanada sprechen sich gar für eine sogenannte »Sektorenlösung« aus. Diese sieht vor, die gesamte Arktis unter den Anrainerstaaten aufzuteilen, indem die Region, ausgehend vom Nordpol, wie ein Kuchen in einzelne Stücke zerlegt wird. Die Tatsache, dass es hier um Landflächen geht, die nach internationalen Schätzungen kaum wirtschaftlich interessante Ressourcen zu bieten haben, zeigt, dass es wohl um weitaus mehr geht als die Ausbeutung von Gas- und Ölvorkommen.

See- und Handelswege im Nordpolarmeer

Einen deutlich höheren Stellenwert in den Planungen der Anrainerstaaten nehmen wohl die durch die Eisschmelze freiwerdenden See- und Handelswege ein. So berichtet der ZDF-Nachrichtenmoderator Claus Kleber in seinem Buch »Spielball Erde – Machtkämpfe im Klimawandel« von der russischen Bergbausiedlung Barentsburg, die bemerkenswerterweise auf der norwegischen Insel Spitzbergen stationiert ist. Seit einem Bergwerkunglück im Jahr 1997 wurde die Kohleförderung dort praktisch eingestellt. Die Einwohnerzahl schrumpfte von über 1.000 auf 400 Menschen zusammen. Trotzdem hält Russland bis heute an der Siedlung in der Arktis fest – auch deshalb, weil nur Bergbau eine russische Präsenz auf dem norwegischen Spitzbergen rechtfertigen kann. Und so schickte Moskau im Mai 2012 folgerichtig eine Finanzspritze von immerhin zwei Milliarden Rubel (etwa 70 Millionen Dollar), um die russische Präsenz auf Spitzbergen weiter auszubauen. Barentsburg scheint den Status einer Bergbausiedlung längst abgelegt zu haben. Stattdessen wird sie den Russen in Zukunft wohl als Versorgungsbasis für die freiwerdenden Seewege durch das Polarmeer dienen.

Schaut man sich den Globus einmal nicht wie üblich von der Seite, sondern von oben an, wird die Tragweite der Bedeutung der Arktis und ihrer Seewege visuell sichtbar. Ins-

besondere für Europa, die USA und den ostasiatischen Raum eröffnen sich durch das Freiwerden möglicher Handelswege im Polarmeer logistische Vorteile. Von Bremerhaven nach Tokio beträgt die Strecke durch den Panamakanal beispielsweise rund 23.000 Kilometer, durch den Suezkanal 21.000 Kilometer und über die Nordwestpassage in der Arktis gerade einmal 16.000 Kilometer. Claus Kleber konstatiert somit nicht zu Unrecht, dass sich in der Arktis Meereswege ergeben, »die alle von Menschen gebauten Kanäle an Bedeutung übertreffen werden.«⁴

Verschiedene Ansichten, unterschiedliche Absichten

Doch wie weit würden die Nationen der Arktis gehen, um ihre Rechte im Polarmeer zu verteidigen? Reichen die seit Jahren andauernden Provokationen eventuell sogar aus, einen bewaffneten Konflikt auszulösen? Diese Fragen sind nicht so leicht zu beantworten. So sind beispielsweise die verschiedenen Lager und Interessenverbände innerhalb der Arktis-Problematik nicht so eindeutig auszumachen, wie manch einer vielleicht denken mag. Eine Aufteilung in Ost und West mit Russland auf der einen, den USA, Kanada, Dänemark und Norwegen auf der anderen Seite würde der komplexen Situation nicht gerecht werden.

Dazu trägt im Wesentlichen die Haltung der USA bei. Während Russland, Kanada, Norwegen und Dänemark das Seerechtsübereinkommen und die damit verbundenen Richtlinien unterschrieben und anerkannt haben, weigern sich die US-Amerikaner eine solche Vereinbarung zu ratifizieren. Sie sehen das Polarmeer mit all seinen Seewegen als internationales Gewässer an. Damit stehen sie ausgerechnet in Divergenz zu Kanada, das sehr wohl Interesse an einer Aufteilung der Arktis bekundet hat. Ein Blick auf den Globus verrät, wieso. Kanada ist nach Russland die Nation mit der längsten Arktisküste und der damit zweitgrößten exklusiven Wasserfläche im Nordpolarmeer. Hinzu kommt, dass ausgerechnet entlang der kanadischen Küste die aus nautischer Sicht so wertvolle Nordwestpassage verläuft. Eine Seeroute, die in naher Zukunft vermutlich von der gesamten westlichen Welt zum Handel mit den großen asiatischen Wirtschaftsnationen – allen voran China – genutzt werden wird. Davon möchte Kanada in Form von Zollgeldern profitieren und steht damit im direkten Kontrast zu den USA, die sich bis heute für eine Internationalisierung des Nordpolarmeers aussprechen. Anstelle einer westlichen Allianz gegen Russland ist im Konflikt um die Arktis daher ein Konsens zwischen Kanada und Russland viel wahrscheinlicher, da beide Staaten gemeinsame Interessen – wie die Aufteilung des Nordpolarmeers in nationale Sektoren – verfolgen.

Kleine Anrainerstaaten zwischen den Stühlen

Die Rolle von Norwegen und Dänemark ist bislang eine eher unscheinbare. Beide Staaten haben das Seerechtsübereinkommen unterschrieben und ratifiziert. Eine eindeutige Absicht, vorhandene Ressourcen oder Seewege zu nutzen, ist bislang allerdings nicht klar erkennbar. Vielmehr werden die eigenen Gebiete in kleineren Scharmützeln gegen die expansionistischen Ansprüche der großen Anrainernationen

verteidigt. So streiten sich Kanada und Dänemark bis heute um die unbewohnte Hans-Insel in der Nares-Straße, während Norwegen über 40 Jahre brauchte, um sich mit Russland auf eine von beiden Seiten akzeptierte Aufteilung der Barentsee zu einigen.

Während die Anrainerstaaten der Arktis nun offensichtlich damit beschäftigt sind, die eigenen Territorien abzustechen und sie gegen die unmittelbaren Nachbarn zu verteidigen, schickt sich China an, von der fehlenden Handlungsfähigkeit – insbesondere der kleineren Arktisstaaten – zu profitieren. Dabei geht die Wirtschaftsmacht aus Ostasien äußerst geschickt vor. China weiß beispielsweise um die Unabhängigkeitsbestrebungen Grönlands, das sich vom Einfluss Dänemarks loszueisen versucht. Es ist demnach kein Zufall, dass das Reich der Mitte angeboten hat, den Ausbau des Hafens der grönländischen Hauptstadt Nuuk finanziell zu unterstützen, um sich im Gegenzug exklusive Rechte an den Reichtümern und Handelswegen der Arktis zu sichern. Dänemark zögert noch; wahrscheinlich aus gutem Grund.

Kooperation oder bewaffneter Konflikt?

Zwar gibt es mit dem Arktischen Rat⁵ seit 1996 ein Kontrollgremium, in dem alle Anrainerstaaten des Nordpolarmeeres zusammengefasst sind. Eine wirkliche Zusammenarbeit und Absprache ist jedoch nur in Einzelfällen erkennbar. Im August 2011 unterzeichnete beispielsweise der russische Staatskonzern Rosneft einen Vertrag über 3,2 Milliarden US-Dollar mit der privaten US-amerikanischen Ölfirma ExxonMobil, um die Erdgas- und Ölvorkommen im russischen Teil der Arktis auszuschöpfen. Die Sanktionen im Zuge des Ukraine-Konflikts haben im September 2014 allerdings zu einer Auflösung des Kontraktes geführt.⁶ Dieses Beispiel zeigt unmissverständlich, dass es sich im Wettrennen um die Ressourcen und die Meereswege der Arktis ganz offensichtlich und ausschließlich um eine Zweckgemeinschaft und keinesfalls um eine gefestigte Kooperation von Staaten handelt.

Wie wahrscheinlich ist vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis nun ein bewaffneter Konflikt um die Schätze der Arktis? Hierzu gibt es in der Forschung unterschiedliche Meinungen. Matthias Hannemann, Autor des Buches »Der neue Norden – Die Arktis und der Traum vom Aufbruch«, vertritt in einem Interview bei detektor.fm im Mai 2011 die Meinung, dass die »Diskussion um den Nordpol eine rein symbolische Bedeutung hat.«⁷ Das werde vor allem an der Fahnensetzung der Russen auf dem Grund des Nordpolarmeeres im August 2007 deutlich. Die meisten der Rohstoffkammern seien den einzelnen Anrainerstaaten bereits zugeordnet. Die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung sehe er daher nicht.

Dieser Meinung schließt sich Markus Mainka in seiner 2012 erschienenen wissenschaftlichen Arbeit »Wie groß ist das territoriale Konfliktpotential in der Arktis im Zuge des Klimawandels und des Rohstoffmangels? – Das Beispiel des Lomonossov-Rückens« am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie in Bonn an. Er glaubt nicht, dass es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den Anrainerstaaten kommt, da »eine kriegerische Auseinandersetzung den Rohstoffabbau behindern würde.«⁸

Bastian Girg hingegen sieht in seinem Forschungsaufsatz »Tauwetter am Nordpol: Kalter Krieg um Rohstoffe? — Die Arktis im Zeichen des Klimawandels«, veröffentlicht im Mai 2008, durchaus »Anzeichen für ein steigendes Konfliktpotential in der Arktis.«⁹

Lisa Oster befürchtet in ihrem Aufsatz »Goldgräberstimmung in der Arktis — Der Kalte Krieg um Gebietsansprüche am Nordpol«, ebenfalls 2008 erschienen, dass eine anstehende »Tripolarität«¹⁰ durch die USA, Kanada und Russland »zu einer weiter voranschreitenden Militarisierung der Arktis und Unruhen im internationalen System«¹¹ führen könnte.

Das pessimistischste Bild zeichnet jedoch Sinah Marx in ihrem Forschungsaufsatz von 2010 »Die Macht am Nordpol — Warum ein Krieg wahrscheinlich ist«. Ihrer Meinung nach ist der hohe Norden »ein Ort sicherheitspolitischer Spannungen, an dem ein geostrategisches Machtpoker gespielt wird, dessen höchster Einsatz der Krieg ist.«¹²

Protagonisten entscheiden über die Art der Konfliktbewältigung

Letztendlich hängt eine Beantwortung der Frage nach einem möglichen bewaffneten Konflikt in der Arktis von mehreren Faktoren ab. Bislang scheint es zumindest so, als sei die politische Lage rund um das Nordpolarmeer stabil. Durch den Arktischen Rat sind die Anrainernationen zumindest offiziell miteinander verknüpft. Allerdings haben einzelne Konflikte um Gebietsansprüche im Nordpolarmeer gezeigt, dass die Anrainerstaaen letztendlich auf sich allein gestellt sind und der Arktische Rat als Kontrollgremium nicht immer funktioniert. Die friedliche Konfliktbewältigung hängt im Wesentlichen von den Beziehungen der Staaten untereinander ab. Solange jeder die durch das Seerechtsübereinkommen festgelegten Gebiete akzeptiert, sollte es zu keinem bewaffneten Konflikt kommen. Insofern bleibt die Rolle der USA abzuwarten, die das Nordpolarmeer bis heute als internationales Gewässer ansieht und damit eine konträre Meinung vertritt. Ob im Wettrennen um die Arktis tatsächlich ein bewaffneter Konflikt möglich ist, kann vermutlich erst in ein paar Jahren beantwortet werden, spätestens jedoch, wenn auch die letzte Eisscholle der Arktis Geschichte ist.

Fußnoten

- 1) <http://www.wwf.de/themen-projekte/projektregionen/arktis/das-ewige-eis/>.
- 2) http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/InternatRecht/Einzelfragen/Seerecht/Uebersicht_node.html.
- 3) <http://energy.usgs.gov/RegionalStudies/Arctic.aspx>.
- 4) Kleber, Claus: Spielball Erde. Machtkämpfe im Klimawandel, S. 141.
- 5) <http://www.arctic-council.org/index.php/en/>.
- 6) <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/exxonmobil-steigt-wegen-sanktionen-aus-arktis-projekt-mit-rosneft-aus-13182348.html>.
- 7) <http://detektor.fm/politik/die-jagd-auf-den-nordpol-scheinkampf-oder-ernster-konflikt>.
- 8) Mainka, Markus: Wie groß ist das territoriale Konfliktpotential in der Arktis im Zuge des Klimawandels und des

Rohstoffmangels? Das Beispiel des Lomonossov-Rückens, S. 24.

- 9) Girg, Bastian: Tauwetter am Nordpol: Kalter Krieg um Rohstoffe?. Die Arktis im Zeichen des Klimawandels, S. 9.
- 10) Oster, Lisa: Goldgräberstimmung in der Arktis. Der Kalte Krieg um Gebietsansprüche am Nordpol, S. 4.
- 11) Ebd., S. 4.
- 12) Marx, Sinah: Die Macht am Nordpol. Warum ein Krieg wahrscheinlich ist, S. 109.

Der ewige Ruf nach Steuersenkungen

»Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem.«¹ Dieses Mantra wirtschaftsliberaler Politiker des bürgerlichen Lagers erschallt regelmäßig durch alle Medien. Doch stimmt das angesichts steuerminimierender Großkonzerne und verfallender Infrastruktur wirklich?

Ein Artikel von Christian Richter

Jährliche Steuerrekorde und die Glorifizierung ausgeglichener Haushalte prägen das Bild in der Debatte über öffentliche Haushalte. Insbesondere aufgrund des in den letzten Jahren kontinuierlich anwachsenden Steueraufkommens werden Forderungen laut, der Staat müsse endlich lernen, mit den Einnahmen auszukommen und darüber hinaus Bürger und Konzerne steuerlich entlasten. Und tatsächlich ist das Steueraufkommen allein in den letzten zehn Jahren nach Angaben des Bundesfinanzministeriums (BMF) von 442 Milliarden Euro im Jahre 2003 auf die Rekordsumme von 619 Milliarden Euro im Jahre 2013 gewachsen.² Liegt der schwarze Peter also in Wirklichkeit bei den ineffektiven Mühlen deutscher Bürokratie? Die Antwort ist: nein. Denn bei genauerem Hinsehen sind schon die Daten des BMF irreführend. Die vorgelegten Zahlen sind nämlich nominale Werte und somit hätte eine ausreichende Inflation ebenso zum Wachstum der Steuereinnahmen führen können, wie es die oben genannten Zahlen andeuten. Betrachtet man das reale Steueraufkommen in Preisen von 2013, so kommt man zu dem Ergebnis, dass das Steueraufkommen im Jahr 2003 bereits 520 Milliarden Euro betrug.³ Die eigentlich interessante Maßzahl ist also das Verhältnis des Steueraufkommens zum BIP. Dieses lag 2003 bei 20,6 Prozent und 2013 bei gerade mal 22,7 Prozent. Der Anstieg ist demzufolge viel weniger dramatisch als oft behauptet. Außerdem liegt dieser Wert noch deutlich unter den Zahlen zu Zeiten des allseits zitierten »Vaters des Wirtschaftswunders«, Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 und Bundeskanzler von 1963 bis 1966). Damals betrug das Verhältnis vom Steueraufkommen zum BIP mehr als 24 Prozent.⁴ Über die Zeit gesehen war dieser Quotient insgesamt also sehr konstant. Der Staat ist demzufolge nicht gieriger geworden, sondern lediglich im Rahmen des Wirtschaftswachstums mitgewachsen.

Steuerverschwendung und Steuervermeidung

Auch sollte nicht vergessen werden, dass sich die heutigen Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer in einem historischen Tief befinden. Unter allen CDU-Bundeskanzlern bis Helmut Kohl betrug der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer mindestens 53 Prozent anstatt der heutigen 45 Prozent. Auch durch die Entwicklung der (Spitzen-)Steuersätze hat der Staat nicht mehr eingenommen als dies in vorherigen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Es mag wahr sein, dass nicht alle vom Staat getätigten Ausgaben sinnvollen Charakter haben und Ineffizienz Teil des öffentlichen Dienstes ist. Aber die Größenordnung der staatlichen Verschwendung von Steuergeld ist nichts im Vergleich zu dem, was dem Staat durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung entgeht. So schätzte der Bund der Steuerzahler, dass 2005 fünf Prozent aller Steuereinnahmen verschwen-

det wurden.⁵ Das ergibt hochgerechnet eine Summe von zirka 30 Milliarden Euro für das Jahr 2013. Bei aller Seriosität des Bundes der Steuerzahler muss jedoch vermutet werden, dass diese Schätzung eher zu optimistisch als zu pessimistisch ausfällt, da es in der Natur einer Lobbygruppe wie des Bundes der Steuerzahler liegt, primär Zahlen zu verbreiten, die zur eigenen Botschaft passen. Demgegenüber stehen Zahlungsausfälle durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Von fast 200 Milliarden Euro im vergangenen Jahr geht beispielsweise der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück aus.⁶ Das heißt nicht, dass Steuerverschwendung ein geringes Problem darstellt und auf jeden Fall stark reduziert werden sollte, wie auch der Bundesrechnungshof in seinen jährlichen Berichten anmerkt. Jedoch muss angesichts dieser Zahlen auch klar sein, welches Problem die höhere Priorität haben sollte. Solange der Steuerflucht nicht Einhalt geboten wird, gibt es keine Spielräume für flächendeckende Steuersenkungen.

Neue und alte Aufgaben für den Staat

Ein weiteres Argument gegen Steuersenkungen ist die Tatsache, dass der Staat immer neue Ausgaben stemmen muss. So fordern DGB und BDI in selten gesehener Eintracht jedes Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von vier Milliarden Euro jährlich, um die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten.⁷ Auch die Bildungsausgaben Deutschlands belaufen sich auf nur sieben Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Dieser Wert liegt damit drei Prozentpunkte unter dem von der OECD geforderten Zielwert. Um diese Lücke zu stopfen, wären jährliche Zusatzinvestitionen in Höhe von rund 70 Milliarden Euro notwendig. Auch wenn das weder auf einmal, noch allein durch staatliches Engagement geschehen kann, müssen Bund und Länder hier eher mehr als weniger investieren. Ebenso könnte es durch die Eintrübung der Wirtschaft ab dem Herbst 2014 notwendig sein, die Konjunktur durch staatliche Ausgaben zu stützen. Sogar der Verteidigungshaushalt soll nach den Wünschen der Union in den nächsten Jahren um ein bis zwei Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Dies fordert vor allem Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU).⁸ Angesichts der immer größer werdenden Aufgabenlast für den Staat ist es nicht ersichtlich, warum dieser weniger Geld zur Verfügung haben sollte.

Ebenso darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Aufgabe der Einkommensteuer auch darin besteht, für eine Umverteilung bei den Einkommens- und Vermögensverhältnissen zu sorgen. Dieser Aufgabe kommt das Steuersystem aber offensichtlich in den letzten Jahren nicht mehr nach. So ergaben Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) von 2012, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland die höchste in der gesamten

Eurozone ist. Das Medianvermögen⁹ betrug demnach bloß 17.000 Euro, während das Durchschnittsvermögen 83.000 Euro pro Person betrug.¹⁰ Trotz eines ausgefeilten Umverteilungsmechanismus durch das Steuersystem ist die Vermögensungleichheit in den letzten Jahren auf hohem Niveau konstant geblieben. Steuersenkungen, von denen eher Gutverdiener profitieren, würden diesen nicht funktionierenden Umverteilungsmechanismus noch weiter erodieren. Hingegen würde eine weitere Erhöhung des progressiven Charakters unseres Steuersystems mit Steuersenkungen in unteren Einkommensklassen und entgegenwirkende Steuererhöhungen in höheren Einkommensklassen für eine bessere Umverteilung sorgen.

Die Risiken des staatlichen Sparens

Oft werden Forderungen nach Ausgaben senkungen damit begründet, dass die Höhe der Staatsverschuldung mit zirka zwei Billionen Euro derart hoch sei, dass es im Hinblick auf spätere Generationen nur gerecht sei, wenn man die Schulden endlich verringern würde. Dies ist zwar richtig und ausgeglichene Haushalte sind langfristig sicherlich unvermeidbar. Andererseits zeigen uns historische und aktuelle Erfahrungen (zum Beispiel in Südeuropa), dass drastische Sparprogramme eher zum Zusammenbruch der Volkswirtschaft eines Landes führen, da der durch die Sparmaßnahmen eintretende Abschwung der Wirtschaft verstärkt wird und alle Sparanstrengungen damit neutralisiert werden, weil sich der Quotient aus Schulden und BIP vergrößert. Eine andere Lösung als Sparprogramme sind einerseits Reformen in der Wirtschaft zu Gunsten größerer Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und andererseits die Besteuerung jener, die Vermögen in großen Mengen besitzen oder ihr Einkommen nur aus Kapitalerträgen beziehen.

Nur ein gesunder Staat kann beim Aufbau einer gesunden Wirtschaft helfen. Effizienz muss dafür gerade in den Reihen des Staates vorhanden sein. Neue Aufgaben und Probleme machen jedoch deutlich, dass auch die Einnahmenseite des Staates auf soliden Füßen stehen muss. Um die soziale Kohärenz zu erhalten, muss der Staat mehr von denjenigen verlangen, die exorbitant mehr haben als der Durchschnitt. Er muss jene Unternehmen besteuern, die zwar Umsätze in Milliardenhöhe erzielen, jedoch kaum Steuern bezahlen. Gelingt das nicht, sieht es für den sozialen Frieden in Deutschland nicht gut aus. Es drohen US-amerikanische Verhältnisse.

Fußnoten

- 1) <https://twitter.com/drmfuchs/status/383153205737058304>.
- 2) http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2013.html.
- 3) Eigene Berechnung, basierend auf Zahlen des statistischen Bundesamtes.
- 4) http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage19.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- 5) <http://www.flegel-g.de/steuerverschwendung.html>.
- 6) http://www.spd.de/aktuelles/108076/20130826_pk_steuerbetrug_offenbach.html.
- 7) <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/warnung-an-den-bund-infrastruktur-verfall-fuehrt-bdi-und-dgb-zusammen/10923324.html>.
- 8) <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/verteidigungs-etat-von-der-leyen-vermeldet-ersten-erfolg/10927950.html>.
- 9) Dasjenige Vermögen, welches die Personen in zwei gleichgroße Mengen teilt: die ärmere und die reichere Menge.
- 10) http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438708.de/14-9.pdf.

Impressum

dispositio & opinio

- » **Herausgegeben von**
Julius Lübbersmann und Hendrik Erz

- » **V.i.S.d.P.** nach §9 (Landespressgesetz NRW) sind die
Herausgeber **Julius Lübbersmann und Hendrik Erz**.

- » **Hendrik Erz**
Herausgeber
Johannesstr. 14
53225 Bonn
hendrik.erk@dispositio-opinio.de

- » **Julius Lübbersmann**
Herausgeber
Brüdergasse 9
53111 Bonn
julius.luebbersmann@dispositio-opinio.de

- » **Copyright-Nachweise der Photographien**
- | | |
|----------|---|
| Cover | Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0) |
| Seite 1 | Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0) |
| Seite 16 | Flickr / Martin Fisch (CC BY-SA 2.0) |
| Seite 22 | Flickr / Chris Zielecki (CC BY-NC-SA 2.0) |
| Seite 30 | Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0) |
| Seite 35 | Flickr / Martin Fisch (CC BY-SA 2.0) |

Alle weiteren Bilder sind Miniaturen der oben nachgewiesenen Abbildungen.

Sämtliche Autorenfotos sind privat und wurden mit Erlaubnis der Autoren abgedruckt.

Karten sowie weitere Bilder innerhalb der Artikeltexte werden über die Bildunterschrift nachgewiesen.

- » **dispositio & opinio stellt eine Verbreitungsplattform** für Meinungen und einen öffentlichen Diskurs dar. Die Herausgeber distanzieren sich ausdrücklich von allen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Inhalten. Alle Autoren sind jeweils nur für ihre eigenen Artikel verantwortlich. Die Artikel spiegeln lediglich die Meinungen der jeweiligen Autoren wider.

Die nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe von dispositio & opinio wird im Frühjahr 2015 erscheinen. Wann genau, werden wir euch wie üblich über unsere Internetpräsenz bekannt geben. Für die Ausgabe sucht die Redaktion natürlich wieder fleißige Autorinnen und Autoren, die ihre Meinung kundtun möchten und die Leser informieren wollen.

In der Zwischenzeit: Besucht uns auf unserer Facebook-Seite, durchstöbert unsere Internetpräsenz und sucht euch Artikel aus dieser Ausgabe, auf welche ihr antworten wollt, oder schreibt über neue Themen. Alles, was ihr dazu braucht, findet ihr auf unserer Internetseite www.dispositio-opinio.de. Wir wünschen euch schöne Semesterferien - bis zur nächsten Ausgabe!

Redaktion

Julian von Mach

Tim Niendorf

Marcel Overrödter

dispositio & opinio

Ausgabe 03/2014

Erscheinungsdatum: 13.12.2014

Auflage: digital

DOP im Web



DOP auf Facebook

